

Protokoll der Gemeindeversammlung

4. Sitzung vom 8. Dezember 2014 im Kuspo Bruckfeld

<u>Anwesend vom Gemeinderat:</u>	Felix Bossel, Jürg Bühler, Heidi Frei, Lukas Lauper, Giorgio Lüthi, René Nusch Stefan Friedli, Geschäftsleiter Gemeindeverwaltung Michael Schiener, Leiter Finanzen & Ressourcen
<u>Entschuldigt:</u>	Bauverwalter, Gilbert Davet Gemeinderätin: Christine Frey Gemeindekommission: Yvette Harder Ursula Berset-Hänggi, Paul Messmer, Annemarie Mettauer, Ursula Gallandre
<u>Vorsitz:</u>	Giorgio Lüthi, Gemeindepräsident
<u>Rednerliste:</u>	Heidi Frei, Vizepräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Monique Gehriger
<u>Stimmzähler:</u>	Stefan Haydn, Raffaello Masciadri, Urs Gerber, Peter Tobler
<u>Dauer der Sitzung:</u>	19.30 Uhr bis 23.30 Uhr

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2014
2. Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 des Allgemeinen Haushalts
3. Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 der Spezialfinanzierungen
4. Budget 2015
5. Antrag gemäss § 68 GemG von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58
6. Leistungsvereinbarung betreffend Sicherstellung der spitalexternen Haus- und Krankenpflege zwischen den Gemeinden Münchenstein und Arlesheim und der Spitex Birseck
7. Revision des Steuerreglements der Einwohnergemeinde Münchenstein vom 17. Juni 2002
8. Verpflichtungskredit betreffend Sanierung und Ausbau der Känelmattstrasse
9. Verschiedenes
 - Mündliche Information: Entgegennahme des Antrags gemäss § 68 GemG von Christian Vogel betreffend Einstellung Betrieb der Schiessanlage Au
 - Mündliche Information: Beantwortung der Anfrage nach § 69 GemG von Isabelle Viva betreffend Anschaffung von Gemeindetageskarten

Gemeindepräsident G. Lüthi begrüsst gegen 363 Einwohnerinnen und Einwohner zur heutigen Gemeindeversammlung. Die Medien sind nicht vertreten. G. Lüthi gibt die Entschuldigungen bekannt und weist darauf hin, dass Nichtstimmberechtigte im abgetrennten Bereich im Saal Platz nehmen müssen. Als Stimmzähler wurden Stefan Haydn, Raffaello Masciadri, Urs Gerber und Peter Tobler bestimmt.

Die Einladungen wurden ordnungsgemäss und rechtzeitig versandt und im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. G. Lüthi gibt die weiteren Regeln für den Ablauf der Gemeindeversammlung bekannt. Die Rednerliste wird von Vizepräsidentin Heidi Frei geführt.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2014

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2014 wird einstimmig genehmigt.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Gibt es einen Wunsch zur Abänderung der Reihenfolge der Traktanden?

Dominic Degen: Ich beantrage, dass wir Traktandum 4 und 5 vertauschen und somit zuerst über die möglichen zusätzlichen Ausgaben im Rahmen eines Busbetriebes sprechen, bevor wir über eventuelle Steuerprozentänderungen debattieren.

Gemeindepräsident G. Lüthi weist darauf hin, dass dies normalerweise die Budget-Gemeindeversammlung ist. Unabhängig davon was betreffend dem Bus bestimmt wird, ist der Bus eine Sondervorlage und untersteht dem Referendum. Daher ist es nicht ein Bestandteil vom heutigen Budget.

Jürg Berger: Der Ordnungsantrag bezüglich vorziehen von Traktandum 5 (Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58) wundert mich grundsätzlich nicht. Wir haben hier drinnen schon einige Male erlebt, dass das Vorziehen der Anträge gemäss § 68 an den Anfang der Gemeindeversammlung verlangt wurde. War der Antrag erfolgreich, ist die Hälfte der Gemeindeversammlung aufgestanden und verschwunden. Der Rest der Gemeindeversammlung konnte dann schauen, woher man das Geld nimmt resp. wie man es umsetzt. Die Einführung des Busses kostet viel Geld und ich bin der Meinung, dass man zuerst klärt, wie unsere Finanzen aussehen und anschliessend die zusätzlichen Dinge diskutiert. Ich bitte sie daher, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Hubert Affolter: Die Verknüpfung von Bus und Ausgaben ist eine ganz gefährliche Sache, weil die Aufgabe des Busses die Erschliessung durch den ÖV betrifft, was eine öffentliche Aufgabe ist. Wer jetzt aber sagt, er wollen aber nicht dafür bezahlen, der sagt, öffentliche Ausgaben sollen nur dann gemacht werden, wenn sie nichts kosten bzw. zumindest nicht aus meiner Brieftasche bezahlt werden. Ich glaube wirklich, das Diskutieren über die Finanzen und den Bus sollten sauber getrennt werden. Das gibt einem das drohende Gefühl, dass es etwas kostet. Dann kann man nicht mehr richtig darüber diskutieren, ob wir eine Gemeindeaufgabe erfüllen wollen oder die Brieftasche wichtiger ist.

://: Die bestehende Traktandenliste wird mit einer deutlichen Mehrheit genehmigt.

Traktandum 2

Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 des Allgemeinen Haushalts

Gemeinderat J. Bühler erläutert den Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 des Allgemeinen Haushalts mittels PowerPoint-Präsentation. Der Aufgaben- und Finanzplan richtet sich nach verschiedenen Parametern. Zuerst geht es um die Bedürfnisse der Bevölkerung und die gesetzlichen Vorgaben von diesem Rahmen. Neben den gesetzlichen Vorgaben, die gebunden sind bzw. nicht veränderbar sind, müssen aber auch weitere Aufgaben erfüllt werden. Zusammen prägt dies die Finanzpolitik. Die Finanzpolitik ist also nicht die Ursache, sondern schlussendlich die Wirkung der Legislaturziele, die der Gemeinderat gegeben hat und auch von den gesetzten Vorgaben, die nicht umgangen werden können. Den Aufgaben- und Finanzplan, den wir besprechen, müssen wir in einem Umfeld sehen, welches Münchenstein als Gemeinde mitten in einem regionalen Umfeld prägt. Die umliegenden Gemeinden haben ein sehr gutes Angebot. Wir haben die Stadt Basel im Norden, die ein perfekt ausgebautes Angebot für die Bevölkerung bietet. Der Gemeinderat weiss, dass die Dienstleistungen Geld kosten. Die Dienstleistungen sind uns aber etwas wert, weshalb wir sie in unseren Legislaturzielen formuliert haben. All diese Dinge finden sich dann in einem Finanzplan wieder. Das Budget, welches wir anschauen, ist eigentlich nichts anderes als das erste Jahr des Finanzplans (2015), welcher immer wieder für fünf Jahre weitergeht. Was ist denn das Spannungsfeld der Finanzpolitik? Wir haben das Glück bzw. die Situation, dass wir die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bezahlen können. Also haben wir im Prinzip eine Cash-in und Cash-out Rechnung, die in etwa immer ausgeglichen ist. Was wir nicht haben ist die Möglichkeit, aus dem heraus eine Werterhaltung zu finanzieren und Investitionen zu tätigen. Das ist mit diesen Ausgaben so nicht möglich. Münchenstein ist nicht

arm. Wir haben kein Kapitalproblem. Wir haben im Prinzip ein Ertragsproblem. Im Spannungsfeld dieser Politik wollen wir eigentlich unsere vielen freiwilligen Leistungen, die wir anbieten, erhalten (z. B. in der Kinder- und Schülergänzenden Betreuung, Mittagstisch, Subventionen, Tagesheim, Transportdienst, Robi-Spielplatz, freiwillige Führung von Schulklassen). Die Jugend- und Familienberatung braucht ihre Mittel. Im Gesundheitswesen bezahlen wir freiwillige Subventionierungen an Hauswirtschaftsleistungen von Pflegebedürftigen (z. B. Altersgerechte Angebote). Gerade jetzt ist das Altersleitbild in Bearbeitung. Auch das haben sie sicherlich mitbekommen. Die Einnahmen sind einfach zu tief, als dass wir weitergehend planen können. Wir haben uns überlegt, wie wir vorgehen können, um dies in den Griff zu bekommen. Wir haben eine kurz-, mittel- und langfristige Strategie erarbeitet, welche sie auch in den Legislaturzielen, welche wir vor zwei Jahren formuliert und publiziert haben, wiederfinden. Wir wollten uns nicht für einen Leistungsabbau entscheiden, sondern für die Aufrechterhaltung all dieser Leistungen. Unsere Gemeinde sollte dadurch auch entsprechend attraktiv bleiben können. Wird dies kurzfristig betrachtet, sollten die Einnahmen den Ausgaben angepasst werden. Sie wissen, dass es im Antrag steht. Wir wollen den Steuerfuss auf 63 % erhöhen. Mittelfristig wollen wir einen Flächenanteil von ca. 15 % unserer Landreserven veräussern. Langfristig wollen wir durch eine intensivere bauliche Nutzung und durch die sinnvollere Nutzung von Flächen eine Bevölkerungsentwicklung erreichen, sodass die Fixkosten auf mehr Personen verteilt werden können. Wenn wir das alles realisieren können, haben wir am Schluss ein Eigenkapital von ca. Fr. 66 Mio. Die Schulen steigen im Prinzip um Fr. 13 Mio. von Fr. 51.7 Mio. auf ca. Fr. 67 Mio. per Ende 2019. Wir haben uns für die nachhaltige Wachstumsstrategie entschieden und aus dieser heraus die Legislaturziele mit folgenden Schwerpunkten festgelegt: Als erstes geht es um die Bildung. Im Moment läuft sehr viel in diesem Bereich (HarmoS). Die Kindergärten und Primarschulen werden am Standort zu Zentren zusammengeführt. Wir wollen in der Raumplanung über die Nutzungsplanung Voraussetzungen schaffen, dass in unserer Gemeinde zeitgerecht gewohnt werden kann, wir attraktivem Wohnraum haben, Freiräume aufgewertet werden können und Münchenstein für Neuzuzüger attraktiver wird. In der Landpolitik geht es darum, die Investitionen, die man tätigen möchte, finanzieren zu können. Wir wollen Liegenschaften im Finanzvermögen veräussern und einer rentablen Nutzung zuführen. Es muss nicht immer verkauft werden, sondern es kann auch im Baurecht vergeben werden oder eine andere Lösung sein. Im Bereich der Umwelt möchten wir öffentliche Freiräume aufwerten, als Erholungsräume nutzen und gleichzeitig auch den Energieverbrauch sowie die Emissionen im öffentlichen Raum reduzieren. Aus all diesen Schwerpunkten heraus resultiert ein Investitionsbedarf von ca. Fr. 62.6 Mio. (Bildung, Verkehr, Allgemeine Verwaltung und übrige Ausgaben). In der Bildung sind es die Kindergärten, Schulhausneubauten, Schulmobiliar von Total ca. Fr. 30 Mio. Beim Verkehr sind es die Strassensanierungen, Beleuchtungen, Arealaufwertungen, Investitionen in den Langsamverkehr und Agglomerationsverkehr von Total ca. Fr. 17.8 Mio. Bei der Allgemeinen Verwaltung sind es Total Fr. 9.7 Mio. die anstehen. Dabei geht es darum, dass unsere Verwaltung eigentlich mit ca. Fr. 9.2 Mio. an einen neuen Standort wechseln soll. Wir stehen mit unserer Gemeindeverwaltung in Mitten eines wunderbaren Wohnquartiers. Ein Filetstück, das man ganz anders nutzen könnte. Es sind ca. 10'000 m² Bauland an bester Wohnlage, durch die man auch wieder versuchen könnte, durch die Standortverlegung der Gemeindeverwaltung, Neuzuzüger zu gewinnen. Die Zuzüger würden dann selbstverständlich auch wieder dazu beitragen, dass das Steuersubstrat ansteigen würde. Das sind Investitionen von insgesamt Fr. 9.2 Mio. (ca. Fr. 9 Mio. für die Gemeindeverwaltung und ca. Fr. 200'000.— für einen Investorenwettbewerb). Die übrigen Investitionen betragen ca. Fr. 0.5 Mio. und sind für die Aktualisierung der Informatik geplant. Wie finanzieren wir dies? Wir reden hier von ca. Fr. 63 Mio. Wir wollen ca. Fr. 20 Mio. durch die Selbstfinanzierung erreichen. Darin sind die 4 % Steuererhöhung enthalten. Das ist immerhin ein Anteil von ca. Fr. 8 Mio. Wir wollen ca. Fr. 30.5 Mio. über den Erlös von Liegenschaftsverkäufen bzw. die Umnutzung der Liegenschaften, die in unserem Finanzvermögen enthalten sind, realisieren. Als weiteren Finanzierungsanteil wollen wir ca. Fr. 12 Mio. zusätzlich am freien Kapitalmarkt aufnehmen. Dies ergibt die Fr. 62.6 Mio. (Selbstfinanzierung, Veräusserung von Immobilien, Aufnahme von Fremdkapital). Zur Selbstfinanzierung brauchen wir ca. Fr. 4 Mio. für den durchschnittlichen Werterhalt. Betrachtet man dies für die kommenden fünf Jahre, beläuft sich die Investition auf ca. Fr. 15 Mio. Es ist schlicht unmöglich, dies aus dem bestehenden Ertrag finanzieren zu können. Damit wir uns die anfallenden Investitionskosten leisten können, braucht es einen Substanzerhalt von Fr. 4 Mio. und die Steuerfusserhöhung auf 63 %. J. Bühler erläutert die Zusammensetzung der Selbstfinanzierung. Es gibt eine durchschnittliche Selbstfinanzierung von ca. Fr. 3.84 Mio. pro Jahr. Dies entspricht einem Selbstfinanzierungsgrad von 32.9 %. Sie erinnern sich, wir haben davon geredet, dass dieser eigentlich im Mittel von 100 % liegen sollte. Diesen erreichen wir so natürlich noch lange nicht. Die Steuerfusserhöhung ist in den Fr. 3.84 Mio. enthalten. Wie wollen

wir die Veräusserung der Immobilien vornehmen? Wir wollen Immobilien (Fläche von 32'000 m²) veräussern, die im Moment einen Buchwert von Fr. 3.08 Mio. aufweisen. Wir rechnen mit einem Erlös von ca. Fr. 30 Mio. Die Fläche von über 32'000 m² entspricht ca. 15 % des Finanzvermögens. Die Gesamfläche, die uns zur Verfügung stehen würde, beträgt 207'000 m². Könnten die geplanten Landverkäufe nicht getätigt werden, müssten wir den ungedeckten Finanzbedarf am Kapitalmarkt aufnehmen. Das sind Fr. 41 Mio. Können die Landverkäufe wie geplant realisiert werden, reduziert sich der Kapitalanteil massiv (Fr. 12 Mio.). Durch die Selbstfinanzierung, die Veräusserung von Immobilien und die Aufnahme von Fremdkapital kommen wir auf die Fr. 62.6 Mio. J. Bühler erläutert die Schuldenentwicklung inkl. der Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Wenn wir die Neuverschuldung betrachten, ist diese durchaus in einem vernünftigen Rahmen. Vor allem wenn man demgegenüber die Zinsentwicklung stellt. J. Bühler erläutert die Zinsenwicklung. Dank der geschickten Finanzierung unserer Finanzabteilung ist es gelungen, einen durchschnittlichen Schuldzins bis in das Jahr 2019 von ca. 1.5 % zu erreichen. Per Ende 2013 ist er ca. 2 %. Betrachtet man die Eigenkapitalentwicklung, ist ersichtlich, dass aufgrund der Bilanzüberschüsse und der Vorfinanzierung der Neubewertungsreserven das Eigenkapital Fr. 65.8 Mio. erreicht. Wenn man dies Zusammenfassend betrachtet, haben wir ein Investitionsvolumen von Fr. 62 Mio., eine Selbstfinanzierung von Fr. 20 Mio., eine geplante Veräusserung von Immobilien von Fr. 30 Mio. und Darlehensschulden von Fr. 65.1 Mio. bei einem Eigenkapital von Fr. 65.8 Mio. 50 % Eigenkapital ist eine ganz anständige Grösse. J. Bühler zitiert den Antrag zum Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 des Allgemeinen Haushalts.

://: Vom Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 des Allgemeinen Haushalts wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 der Spezialfinanzierungen

Gemeinderat J. Bühler erläutert den Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 der Spezialfinanzierungen mittels PowerPoint-Präsentation. Bei der Wasserversorgung rechnen wir mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 0.63 Mio. und Nettoinvestitionen von Fr. 0.59 Mio. Bei der Abwasserbeseitigung wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1.65 Mio. und Nettoinvestitionen von Fr. 0.3 Mio. gerechnet. Bei der Abfallbeseitigung beträgt der Aufwandüberschuss Fr. 0.23 Mio. und die Nettoinvestitionen Fr. 0.2 Mio. J. Bühler zitiert den Antrag zum Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 der Spezialfinanzierungen.

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert, dass der Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen werden kann. Es können selbstverständlich Verständigungsfragen, Anregungen und Bemerkungen gemacht werden.

Jürg Berger: Sie haben die Zahlen gesehen, die der Gemeinderat aufgezeigt hat. Ich weiss nicht, ob jeder von ihnen wirklich sieht, in welche Richtung die Gemeinde geht. Ich war gestern und vorgestern im Internet, habe die Dinge heruntergeladen und versucht, mir klar zu werden, was die ganze Finanzanlage überhaupt heisst. Schaut man den Bericht an, habe ich auf Grund all dieser Folien das Gefühl, sticht die Folie „unsere verzinslichen Schulden“ am meisten heraus. Also die Dinge, für die wir Zinsen bezahlen müssen. Diese steigen jetzt von Fr. 62 Mio. auf Fr. 75 Mio. Dies trotz Steuererhöhung von 4 % und dem Verkauf von Finanzvermögen von Fr. 30 Mio. Der Gemeinderat sagt, im besten Fall könnte bei gesteigerter Selbstfinanzierung der Anstieg der Neuverschuldung gebremst werden. Von mir aus gesehen, müssen wir hier „Stopp“ sagen. Wir haben Fr. 30 Mio. Steuereinnahme und Fr. 75 Mio. Schulden. Jeder sollte sich selber Gedanken darüber machen, wie es aussieht, wenn seine Schulden das 2½-fache von seinem Einkommen übersteigen. Für uns ist der Finanzplan nicht akzeptabel. Es sind Massnahmen nötig, die Schulden zu reduzieren. Wir müssen unser strukturelles Defizit senken. Ich wollte dies nur als Bemerkung anbringen.

Gemeindepräsident G. Lüthi weist darauf hin, dass nach neuem HRM2-Modell selbstverständlich auch das Finanzvermögen beachtet werden muss. Das beträgt immerhin Fr. 70 Mio. Also das darf man nicht vergessen.

://: Vom Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2019 der Spezialfinanzierungen (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) wird Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Budget 2015

Gemeinderat J. Bühler erläutert das Budget 2015 mittels PowerPoint-Präsentation. Wir hatten im 2014 einen Verlust von Fr. 1.2 Mio. Dieses Jahr budgetieren wir einen Ertragsüberschuss von Fr. 600'000.—. Im Vergleich zum Budget 2014 ist dies eine Differenz von Fr. 1.8 Mio. Schauen wir das Nettoergebnis nach Funktionen an, stechen zwei Bereiche massiv heraus. Das eine ist die Soziale Sicherheit mit ca. Fr. 1.4 Mio. mit den Mehrausgaben, welche durch die Neuregelung der Ergänzungsleistungen bedingt sind und durch die Folgen der Sozialhilfe im Asylwesen von ca. Fr. 0.37 Mio. Andererseits haben wir auf der Einnahmeseite eine deutliche Verbesserung. Diese zeigt sich durch die Steuerfusserhöhung von 63 % und der Neuregelung in Sachen Finanzausgleich (Ergänzungsleistungen, HarmoS). J. Bühler erläutert das Nettoergebnis nach Funktionen ohne Steuern. In erster Linie kostet die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) Geld (Pensionierungen, Vorzeitige Pensionierungen). Bei der Bildung sind vor allem die Löhne der Lehrpersonen, das Material, die Kindergärten, die Mieteinnahmen und in der Sozialen Sicherheit die Neuregelungen bei den Ergänzungsleistungen, die Sozialhilfe und das Asylwesen. Im Finanzausgleich bekommen wir etwas zurück. Dieser sieht im Vergleich zum Vorjahr besser aus. Die Bildung verschlingt rund 40 %, die Soziale Sicherheit 27 %, die Allgemeine Verwaltung 12 % und der Finanzertrag ist um 8 % besser. Betrachtet man die Abweichungen im Budget, ist ersichtlich, dass es im Personalaufwand ca. 0.1 % und im Sachaufwand 4.6 % (Sanierung Wasserversorgung, Informatik, Mobilien sowie Steuerausfälle) sind. Im Transferaufwand haben wir die Neuregelung von HarmoS und der Ergänzungsleistungen, die zu Buche schlagen. Bei den internen Verrechnungen sind es die Integrationsprogramme für die Sozialhilfeempfänger. Betrachtet man den Ertrag, haben wir den Fiskalertrag mit der Steuerfusserhöhung auf 63 %, das Entgelt (Rückerstattungen Sozialhilfe/Asylwesen) und der Transferertrag. J. Bühler erläutert die Steuerentwicklung 2011 bis 2015. Bei den Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen nach Funktionen betrachtet, ist ersichtlich, dass es vor allem die Schulliegenschaften Kindergarten (Neubau Lange Heid & Löffelmatt), die Schulliegenschaften Primarschule (Ausbau Lange Heid & Löffelmatt) sowie die Gemeindestrassen/Werkhof (Aufwertung Strassenraum) sind, die zu Buche schlagen. Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von grösser als Fr. 200'000.— sind hier auch wieder ersichtlich. Die drei Dinge, die einschenken, sind der Neubau Lange Heid & Löffelmatt (Schulliegenschaften Kindergarten), der Ausbau Lange Heid & Löffelmatt (Schulliegenschaften Primarschule) und die Aufwertung vom Strassenraum (Gemeindestrassen/Werkhof). Die Nettoinvestitionen in das Finanzvermögen halten sich in Grenzen. Dort geht es darum, dass man einerseits als Vorbereitung zu den geplanten Liegenschaftsverkäufen die Investorenwettbewerb, Quartierplanungen und Nutzungsoptimierungen durchführen möchte. J. Bühler zeigt die Kennzahlen auf. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt uns auf, in was für einem Umfang Neuinvestitionen durch selbst erwirtschaftete Mittel finanziert werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von grösser als 100 % wäre anzustreben. Ein Selbstfinanzierungsgrad von kleiner 100 % bedeutet eine Neuverschuldung. Der Selbstfinanzierungsanteil zeigt, den Anteil vom laufenden Ertrag an, der für die Investitionen zur Verfügung steht. Bei den Zinsbelastungsanteilen haben wir einen sehr tiefen langfristigen Zins zu erwarten. Weil unsere Kapitalaufnahmen langfristig abgesichert sind, dürfen wir damit rechnen. Gut wäre ein Anteil von kleiner als 4 %. Wir sind irgendwo zwischen 0.8-0.9% im Gesamthaushalt. Dies darf als sehr gut bezeichnet werden. Bei den Spezialfinanzierungen im Bereich der Wasserversorgung für das nächste Jahr ist ersichtlich, dass wir einen Aufwandüberschuss von ca. Fr. 193'000.— haben, bei einem Eigenkapital von ca. Fr. 3 Mio. Die steigenden Unterhaltskosten (Leitungsnetz/Pumpwerk/ Reservoir) sind dafür verantwortlich. Durchschnittliche Bruttoinvestitionen sind geplant. Aufgrund der Bautätigkeit, werden hohe Anschlussbeiträge erwartet, aber eben auch eine sinkende Selbstfinanzierung. Bei der Abwasserbeseitigung rechnen wir mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 327'000.—, bedingt durch steigende Planungskosten sowie externe Honorare und relativ geringe Bruttoinvestitionen und hohe Anschlussbeiträge, die aufgrund der Bautätigkeit erwartet werden. Die sinkende Selbstfinanzierung trägt auch dazu bei. Dies bei einem Eigenkapital von Fr. 12.2 Mio., was nicht unbedingt besorgniserregend ist. Bei der Abfallbeseitigung haben sie die frohe Botschaft gehört, dass wir die Gebühren senken konnten. Die Senkung der Gebühren kostet Geld. Wir haben das Projekt KLAR (korrekte Abfallentsorgung/Littering Prävention) das Geld benötigt. Es sind keine Investitionen geplant. Auch hier haben wir eine geringe negative Selbstfinanzierung. J. Bühler zitiert den Antrag zum Budget 2015. Der Gemeinderat bittet sie um Zustimmung zum Eintreten,

um Zustimmung aller Anträge des Gemeinderates und keiner Zustimmung zu Anträgen, die eine weitere Verschlechterung dieses Budgets zur Folge hätten.

Hans-Peter Stebler, Präsident der Rechnungsprüfungskommission fasst den Prüfungsbericht (Seite 13 der gebundenen Rechnung) zusammen und erläutert dessen Ergebnisse.

Thomas Wälchli: Die Entwicklung von Münchenstein ist leider nicht so nachhaltig, wie dies der Gemeinderat vorhin präsentiert hat. Trotz der höheren Steuern und der Landverkäufe nimmt die Verschuldung zu. Wir müssen also dringend auch über die Dienstleistungen nachdenken und die Dienstleistungen auf ein absolut notwendiges Minimum reduzieren. Die Attraktivität einer Gemeinde hängt nicht nur davon ab, wie viel Dienstleistungen man anbietet, sondern auch vom vernünftigen Steuersatz, damit neue Steuerzahler kommen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat nicht nur Leute anziehen möchte, die keine Steuern bezahlen. Deshalb beantrage ich der Gemeindeversammlung, auf das Budget nicht einzutreten und den Gemeinderat zu beauftragen, ein ausgeglichenes Budget bei gleichen Steuersätzen vorzulegen.

Jürg Berger: Als ich vor einem Jahr hier stand und ihnen empfohlen habe, die letztjährige Steuererhöhung abzulehnen, war dies mit einer klaren Vorgabe an den Gemeinderat, das Budget zu priorisieren und das ausgeglichene Budget im nächsten Jahr vorzulegen. Wenn ich das vorgelegte Budget betrachte, stelle ich fest, dass sich das Budget massiv verschlechtert hat. Wir haben nochmals 5 % mehr im Budget als letztes Jahr. Betrachte ich die einzelnen Posten, stelle ich fest, dass sich nichts darin geändert hat. Man bemerkt nirgends eine Priorisierung. Ich habe die roten Bereiche, in denen wir mehr Geld ausgeben sowie die grünen Bereiche, in denen wir scheinbar Gewinne bzw. höhere Einnahmen erzielen, betrachtet. Man findet interne Verrechnungen von Dienstleistungen, innerhalb der Gemeinde schreibt man sich gegenseitig Miete und Pacht gut und Gebührenerhöhungen. Auch die beiden Bereiche, die grün sind, sind nicht wirkliche Einnahmenerhöhungen. Die Grünliberalen bitten sie, das Budget zurückzuweisen, nicht auf dieses einzutreten und dem Gemeinderat den klaren Auftrag zu erteilen, eine Priorisierung zu finden und das strukturelle Budget anzugehen, um es zu bereinigen.

Daniel Altermatt: Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf ein kleines Detail hinweisen, wieso dieses Budget inakzeptabel ist, so wie es hier steht. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse sind Gelder, die wir uns in den letzten Jahrzehnten gespart haben, weil wir sie nicht bezahlt haben. Wir mussten sie dann auf einem Block hinterherschieben. Sie erinnern sich noch ganz knapp an September 2013, als die Abstimmung zur Pensionskasse war. Es war klar, dass der Auftrag ist, die Schuld spätestens innert 30 Jahren abzubezahlen. Der Gemeinderat schlägt uns aber vor, dass wir die Schuld einfach stehen lassen und jedes Jahr brav nur 2 % Zinsen (aktueller Zinsfuß, den Gemeinde bezahlt) bezahlen. Die aufgelaufenen Zinsschulden, kommen zu den Kapitalschulden hinzu. Auch wenn wir alle aufgelaufenen Zinsschulden und die Investitionen nach 30 Jahren abbezahlt haben, ist die Schuld von Fr. 18 Mio. immer noch da. Wir geben dies einfach an unsere Kinder und Kindeskinde weiter. Der Auftrag wäre nämlich, die Schulden abzubezahlen, weil es keinen Gegenwert gibt. Es steht kein Gebäude dahinter, das wir haben. Es ist nichts. Es ist einfach Geld, das wir schon lange hätten bezahlen müssen. Die Abzahlung über 30 Jahre (pro Jahr Fr. 617'000.—, was ein wenig mehr als 1½ zusätzliche Steuerfußprozente entspricht) fehlt. Diese ist einfach nicht im Budget enthalten. Darum schicken sie das Budget zurück.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Vor einer Woche hatten wir die Gemeindekommissionssitzung (3½ Stunden) mit 13 Anwesenden (unter anderem auch die Grünliberalen) von 15 Mitgliedern. Das Eintreten zum Budget war an der Gemeindekommissionssitzung unbestritten.

Dieter Rehmann: Ich möchte dafür plädieren, die Türe einzutreten, weil ich denke, es ist ein wenig billig, jetzt einfach das Budget zurückzuweisen, ohne dass wir darüber diskutiert haben. Ich hätte gerne die Vorschläge der Grünliberalen gehört, wo sie Einsparungen (Bildung, Schule, Jugend, Pflege etc.) wollen bzw. welche Investitionen zurückbehalten werden sollen. Dies möchte ich schon noch gerne genauer erfahren. Wir können jetzt nicht einfach sagen, der Gemeinderat soll das Budget nochmals überarbeiten. Vielleicht sieht es in drei Monaten ähnlich aus und dann sagt man wieder, wir sind immer noch nicht damit einverstanden. So politisiert man nicht. Ich möchte konkrete Vorschläge hören und plädiere darum für das Eintreten.

Dominic Degen: Ich bin für einmal mit D. Rehmann einig. Ich finde auch, wir sollten zumindest über das Budget reden. Die Priorisierung, die erwähnt wurde, finde ich auch ein wenig billig, dass man sagt, der Gemeinderat soll das Budget nochmals überarbeiten und dann wird etwas vorgelegt, das wieder nicht passt. Dann heisst es wieder, der Gemeinderat soll das Budget

nochmals überarbeiten. Es wäre viel produktiver, wenn wir darüber reden würden und dies zusammen festlegen. Vielleicht hat der eine oder der andere eine Idee, in welchen Bereichen man Geld sparen könnte. Dann könnte man dies heute Abend beschliessen, es wäre dann im Budget enthalten und wir hätten vielleicht ein bisschen mehr Nachhaltigkeit.

Jürg Berger: Selbstverständlich bin ich davon ausgegangen, dass die Frage kommen wird. Konkret habe ich bereits letztes Jahr gesagt, können wir über diese Punkte im Budget nicht diskutieren, weil nämlich keiner hier drinnen weiss, was in diesen einzelnen Punkten wirklich enthalten ist. Wir sind also nicht in der Lage, kompetent über einen solchen Punkt, ob etwas wirklich nötig ist oder nicht, zu entscheiden. Ich habe in der grössten Schweizerbank geholfen, das Budget zu erstellen. Wir haben in unserem Departement ähnliche Beträge herumgeschoben. Dort musste jeder Abteilungsleiter begründen, warum die Investition bzw. Ausgaben, die er beantragte, wichtig sind. Es wurde immer gefragt, warum die Ausgaben wichtig sind? Was passiert, wenn man sie nicht macht? Was passiert, wenn man sie später macht? Natürlich ist mir klar, dass die Gemeinde einen anderen Ansatz hat. Wir haben gewisse gebundene Massnahmen, aber es gibt garantiert kreative Lösungen, die man erarbeiten müsste, um entsprechende Einsparungen erreichen zu können. Wichtig ist ganz sicher, dass sie hier drinnen entscheiden können, was ihnen wichtig ist. Dies aufgrund eines klar definierten Vorlagekataloges, bei dem ihnen der Gemeinderat sagen kann, dieser Teil kostet so viel, wollt ihr dies, seid ihr bereit dafür so viel Steuern zu bezahlen. Das ist die einzige Möglichkeit, wie sie hier drinnen wirklich etwas sagen können. Das funktioniert nur, wenn der Gemeinderat ihnen dies liefert und nicht die 30 Seiten im Budget, die Punkt für Punkt durchgegangen werden. Ist das Budget einmal ausgeglichen, ist der nächste Punkt der Abbau der Schulden. Danach können wir über eine Steuererhöhung diskutieren. Aber jetzt im Moment können wir durch die Punkte gehen, alles abnicken und im Endeffekt haben wir überhaupt nichts erreicht. Darum sage ich, Zurückweisung an den Gemeinderat.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Ich sehe es nicht so pessimistisch und traue es den Leuten aufgrund des Aufgaben- und Finanzplanes, in welchem die einzelnen Positionen kommentiert sind (warum und wieso) zu.

Silvia Briefer: Ich möchte die Gemeinde bitten, unserem Gemeinderat Vertrauen zu schenken und sich dazu solidarisch zu bekennen. Gebt dem Gemeinderat auch einmal die Chance, auch einmal sparen zu können und die Gelder richtig zu verteilen. Indem wir der Erhöhung zustimmen, können wir hier einmal helfen. Es ist einfach wichtig. Wir bekommen auch eine Leistung von der Gemeinde. Ich habe das Vertrauen in unseren Gemeinderat, dass er wirklich weiter sparen will und darauf achtet, dass wir Geld einnehmen. Der Gemeinderat hat viele Vorgaben vom Kanton, vom Staat und überall. Die KESB etc. kosten viel Geld. Das ist noch gar nicht richtig durchdacht. Das muss man doch alles zuerst einordnen können. Aber wenn wir nicht als Gemeinde mithelfen, dann erreicht der Gemeinderat nichts. Dann geht es ewig hin und zurück und es kommt nichts dabei heraus. Ich bin dafür, dass wir der Gemeinde helfen, zusammenstehen und die Steuererhöhung oder was da kommt annehmen. Die Steuern wurden ja auch schon einmal reduziert. Es kann ja sein, dass sie später wieder reduziert werden, wenn es sich bessert. Also bitte helft einander und steht zusammen.

://: Mit 175 zu 155 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Ich habe vorhin gesagt, wir haben 3½ Stunden darüber geredet. Da muss ich schon etwas dazu sagen. Unter anderem haben wir Fragen zum Personalaufwand der Lehrkräfte (Freiwilligen Zusatzkosten) gestellt. Uns wurde geantwortet, dass die Verträge von den Lehrkräften von Juni bis Juli bereits feststehen und diese auch schon laufen. Wir haben auch eine Frage zu den Kosten der Sanierung vom Fohrlisrain (Fr. 200'000.—) gestellt. Es wurde uns versichert, es soll kein „Flickwerk“ geben, sondern eine richtige Strasse, daher seien die Kosten von Fr. 200'000.— gerechtfertigt. Zum Fiskalertrag sage ich nichts mehr. Dies hat Gemeinderat J. Bühler bereits erläutert. Betreffend der KESB und deren Kosten, die enorm angestiegen sind, nimmt sich der Bundesrat an. Da wird schon noch etwas gehen. Wir sind aber der Meinung, dass die KESB nicht zu Selbstzwecken arbeitet. Man muss Vertrauen zeigen und schauen, wie es sich entwickelt. Beim Budget war das Eintreten unbestritten. Ich habe gedacht, das kann ja nicht sein, dass beim Budget das Eintreten unbestritten ist. Bei den Abstimmungen hat sich dann aber schon etwas gezeigt und zwar, dass das Budget mit 8 Stimmen und 5 Enthaltungen (keine Gegenstimme) genehmigt wurde. Der Erhöhung der natürlichen Personen auf 63 % hat die Gemeindekommission mit 6 Stimmen und

7 Enthaltungen (keine Gegenstimme) zugestimmt. Den Anträgen zu den juristischen Personen und dem Feuerwehrgesetz hat die Gemeindekommission einstimmig zugestimmt.

Das Budget wird seitenweise abgerufen.

Seite 62. 0. Allgemeine Verwaltung

Adil Koller: Dass ich heute vor ihnen stehen darf, ist vielleicht etwas Zufall. Es ist Zufall, dass ich von meinen Eltern und meinem Umfeld politisiert werden durfte. Ich bin heute sehr dankbar dafür. Bei vielen meiner Generation sieht dies allerdings etwas anders aus. Ich möchte ihnen heute in diesem Falle etwas aufzeigen. Adil Koller erläutert die Stimmbeteiligten der Jungen (Daten von St. Gallen) mit Hilfe einer Folie. Man sieht, dass die Jungen viel weniger Abstimmen gehen als die Leute, die älter sind als 25 Jahre. Die Mehrheit meiner Generation geht eigentlich nicht abstimmen. Nicht weil sie sich nicht interessieren würden, sondern weil eine gewisse Überforderung besteht. Weil die Abstimmungsunterlagen bzw. die Vorlagen zu komplex sind. In meinem Umfeld gibt es immer wieder Leute, die sagen: Adil, ich verstehe eigentlich nicht, worum es hier geht. Kannst Du mir dies erklären? Ich erkläre es ihnen dann sehr gerne, aber ich weiss nicht, ob die Leute, die eher zur politischen Rechten gehören unter ihnen, es toll finden, wenn jemand wie ich versuche, das neutral zu erklären. Was wir eigentlich nutzen müssen, ist das, was ich ihnen nun aufzeigen werde. A. Koller erläutert Easyvote mit Hilfe einer Folie. Easyvote ist ein Abstimmungsbüchlein für Junge Leute, das auf der Basis von den offiziellen Abstimmungsmaterialien den Inhalt einer Vorlage erklärt (neutral aber weniger Detailversessen), schwierige Wörter und Pro- und Kontra-Argumente erläutert. Easyvote wird vom Bundesamt für Sozialversicherung finanziell unterstützt. Insgesamt haben über 60'000 Jugendliche die Möglichkeit, dies zu bekommen, weil ihre Gemeinde dies abonniert hat. Im Baselbiet sind es Liestal und Allschwil. Diese machen sehr gute Erfahrungen damit. Viele Kollegen, die ich in diesen Gemeinden habe, sagen mir, dass sie es angeschaut haben und viel einfacher über die Abstimmungsvorlagen informiert werden. Es liegt auch zu Hause, ihre Eltern schauen es auch an und finden es eine gute Sache. Wir haben versucht, das Projekt „Easyvote zu testen“ dem Gemeinderat vorzuschlagen. Der Gemeinderat hat es leider abgelehnt, sich vertieft damit zu beschäftigen. Darum muss ich ihnen heute einen Budgetantrag stellen und hoffe auf ihre Unterstützung. Es geht eigentlich um nichts. Es ist ein wenig Kosmetik. Sie werden sich fragen. Es ist eigentlich praktisch gratis. Wenn man es abonnieren würde, sind es Fr. 5.— pro Jugendlichen (alle 18 bis 25-jährigen dieser Gemeinde) im Jahr, d. h. Fr. 1.25 pro Abstimmung (Hälfte davon Portokosten). Obwohl wir das Budget heute hier haben, schlage ich ihnen das vor, weil jeder Franken, den wir hier einsetzen, eine enorm grosse Hebelwirkung hat. Studien haben ergeben, dass wenn man zwischen 18 und 25 Jahren das erste Mal abstimmen geht, für die Politik sensibilisiert wird, das Interesse gewinnt und später dann ebenfalls abstimmen geht. Bei denjenigen, die nicht abstimmen gehen, hat man später keine Chancen mehr. Wenn ich ihnen dies vorstelle, wird der Gemeinderat nachher, falls er es nochmals wiederholen möchte, sagen, dass er den Vorschlag ablehnt. Es ist klar, dass er das sagen muss, weil er das Budget bereits beschlossen hat und keine Änderungen zulässt. Lassen sie sich einfach davon nicht gross beeindrucken. Er sagt wahrscheinlich nachher auch noch, dass die Jugendlichen dies selber abonnieren können, als wären die Abstimmungsunterlagen eine Art Mickey Maus Heftchen. Es geht heute um Politik. Man möchte eben gerade diejenigen erreichen, die sich nicht von alleine interessieren. Darum muss man ihnen dies als Gemeinde abonnieren. Ich schlage ihnen vor, dass wir dies nun einmalig in das Budget einstellen und dann schauen wie die Rückmeldungen sind. Es ist ein sehr günstiges Angebot, dass vorantreibt, dass die Jungen für die Politik sensibilisiert werden. Ich gebe an der Gemeindeversammlung immer mein Bestes und werde auch in der Zukunft immer mein Bestes geben, aber es braucht einfach mehr junge Leute in der Politik. Weil ich überzeugt bin, dass sich die besten Lösungen dann ergeben, wenn die Jüngeren und Älteren die Lösungen zusammen entwickeln. Das finden auch die nationalen Politiker von links bis rechts. Es sind von einem Cédric Wermuth bis zu einem Lukas Reimann alle in diesem Komitee, die das Easyvote Büchlein unterstützen. Ich hoffe, dass sie heute mit mir einen Schritt in die richtige Richtung machen. Ich wäre ihnen wirklich von Herzen dankbar.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Ich habe eine kleine Korrektur. Wir haben uns sehr wohl mit dieser Vorlage vertieft auseinandergesetzt. A. Koller hat Recht. Wir lehnen es auf Seiten des Gemeinderates ab. Es gibt aber einen anderen Grund dafür. Es ist nicht ein Mickey Maus Heftchen, das man abonnieren kann. Es kostet pro Person Fr. 15.—. Man kann es nämlich auch selber im Internet gratis lesen und herunterladen. Da bin ich von der jungen Generation erstaunt, die das nicht möchte.

Adil Koller: Das ist leider nicht ganz korrekt. Das Abstimmungsbüchlein kann man nicht im Internet anschauen. Es gibt tatsächlich ergänzende Angebote von Easyvote. Weil sie eben genau wissen, wie die Jugend funktioniert und es eben vor allem Junge sind, die das machen. Und zwar gibt es noch zusätzlich ergänzend z. B. YouTube Clips, die man anschauen kann, in denen man innerhalb von drei Minuten versucht, einen Überblick zu gewinnen. Dies ist natürlich niemals die Möglichkeit, die das Buch bietet. Zusätzlich kommt hinzu, dass wenn man den Jungen etwas per Post schickt, dass es dann eben alle lesen. Wenn sie einer jungen Person einen Brief schicken, in dem z. B. wie bei mir Adil Koller drauf steht, werde ich den Brief öffnen und lesen. Ganz sicher. Und wenn man mir z. B. ein Mail schreibt nicht unbedingt.

David Meier: Ich halte es für meine Pflicht, heute etwas zu sagen, weil A. Koller mich heute angerufen hat und mich gebeten hat, etwas dazu zu sagen. Ich wurde schon im Juni auf Easyvote angesprochen, es einmal anzuschauen und mir dazu Gedanken zu machen. Das ist etwas Hals über Kopf entstanden. Politik wird vor allem von Leuten in meinem Alter und höher gemacht. Mir persönlich ist es ein grosses Anliegen, dass auch junge Leute in die Politik eingebunden werden. Ob Easyvote jetzt wirklich das geeignete Mittel ist, kann ich nicht beurteilen, aber es ist zumindest ein Projekt, das es gibt. Vielleicht kennen sie andere Projekte, die man unterstützen könnte. Das ist etwas Konkretes, das man ausprobieren könnte. A. Koller hat es so formuliert, dass man es für ein Jahr durchführt. Ich denke, für mich ist es wichtig, dass es nicht für alle Ewigkeit dauert, sondern meine Unterstützung wäre, dass man es einmal ausprobiert. Das sind Fr. 4'000.—. Das ist wirklich nichts, wenn wir die Zahlen vorher gesehen haben. Es geht wirklich darum, dass man die Jungen einbindet. Wenn ich in die Runde schaue, weiss ich nicht, was der Altersdurchschnitt ist, aber ich würde sagen ca. 55 Jahr und mehr. Von dem her denke ich, ist es für jede Gesellschaft wichtig, dass die Jungen mitreden können. Meine Unterstützung ist ganz sicher da, ich würde dies unterstützen und bitte sie auch, das mit den Fr. 4'000.— zu unterstützen.

Gemeindepräsident G. Lüthi berichtigt, dass der Antrag auf Fr. 4'500.— lautet.

Stefan Haydn: A. Koller hat auch mich angerufen. Es ist ihm ein sehr wichtiges Anliegen. Ich habe ihm dann zur Antwort gegeben, dass wir von der SVP generell für die Demokratie sind. Je mehr sich für die Demokratie einsetzen desto besser. Auch Junge, es müssen nicht gerade unbedingt A. Koller sein, sollen sich an die Urne wagen und abstimmen gehen. Von dem her würde ich auch vorschlagen, die Fr. 4'500.— zu unterstützen. Mir hat er auch gesagt, dass man eine einjährige Testphase durchführen würde. Wir unterstützen das.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Der Antrag lautet, dass man im Konto 0110 Legislative (die genau Zuordnung wird dann gemacht) Fr. 4'500.— für Easyvote (Abstimmungsvorlage für Jugendliche) budgetiert.

://: Dem Antrag Easyvote (Fr. 4'500.—, Konto 0110 Legislative) wird mit deutlichem Mehr zugestimmt.

Seite 73-76, 2. Bildung

Werner Anwander: Ich selber komme aus der Bildung. Ich weiss, wie wichtig Bildung ist. Und ich weiss auch, dass es etwas kosten muss. Es geht mir um etwas anderes als über irgendwelche Löhne oder Zulagen. Wenn wir die Musikschule mit den Fr. 2.5 Mio. Einnahmen, die Gemeindebibliothek, die Bildung usw. anschauen, haben wir ganz viele Posten, die die Gemeinde überproportional finanziert. Mein Antrag wäre, dass man auch auf der Ertragsseite genauer hinschaut und bei den Sachen sagen würde, bei denen die Gemeinde grosszügig bzw. zum Teil sehr grosszügig Geld ausgibt, dass man eine Quote einführen würde. Das man sagt, solche Institutionen müssten mindestens zu einem Drittel durch diejenigen, die diese Institutionen nützen, auch mitfinanziert werden. Damit hätten wir auch einige Fr. 100'000.— auf der Ertragsseite, die dem Einzelnen nicht wahnsinnig wehtun. Wenn ich daran denke, was eine Musikstunde kostet, wenn 25 %, die jetzt finanziert werden, auf 33 % anteilmässig erhöht wird oder in der Bibliothek wo man sehr wenig für eine Mitgliedschaft bezahlt, dann hätten wir die Fr. 4'500.— von vorhin schon längstens wieder kompensiert. Mein Antrag ist, dass wir nicht nur die beiden Posten, die ich gerade erwähnt habe, sondern grundsätzlich bei den Bereichen, die wir mit der aktive Mitgliedschaft oder durch die Nutzung unterstützen, dass man dort einen Selbstfinanzierungsgrad über die Mitglieder von einem Drittel anstrebt.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Das ist kein Antrag. Das ist eine Anregung, wenn sie sagen, sie möchten gerne eine Quote. Möchten sie konkret eine Bibliothek abschaffen? Möchten sie bei der Musikschule den Beitrag reduzieren, den wir vor zwei Jahren hier beschlossen haben? Wir müssen konkret wissen, welche Position.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Mein Herz klopft schrecklich. Als Leiterin der Gemeindebibliothek ist schon nur der Vorschlag von einer Einsparung zu einem Drittel für mich katastrophal. Die Bibliothek kostet ca. Fr. 250'000.—. Wir erzielen ca. Fr. 50'000.— an Ertrag. Es gibt viele Kinder, bei denen wir dafür sorgen müssen, dass sie ein Fr. 10.— bzw. Fr. 25.— Abonnement pro Jahr lösen dürfen. Es ist nicht selbstverständlich, dass man Fr. 25.— ausgibt. Auf jeden Fall nicht für alle. Evtl. hat es mit dem Bildungsniveau zu tun. Ich weiss es nicht. Ich weiss nur, dass wir (auch die Lehrer) für die Kinder kämpfen müssen, damit sie ein Abonnement in der Bibliothek einlösen dürfen. Ich behaupte jetzt, dass die Bibliothek von allen Institutionen (ausserhalb der obligatorischen Schule) am meisten Besucher hat. Übrigens bin ich die Präsidentin vom Musikschulrat. Vor zwei Jahren hat mir G. Lüthi gesagt, dass die Gebühren angepasst werden. Dadurch hat es einen Rückgang gegeben. Es kann wohl nicht sein, dass man über diese Dinge, den Kindern den Zugang zu solchen Institutionen erschwert. Ich finde es so toll, dass Münchenstein solche Institutionen unterstützt. Jetzt haben wir nicht von einem Jugendhaus oder Robi-Platz geredet. Das wäre wahrscheinlich das nächste oder der Mittagstisch wo möglich. Also ich bitte sie sehr, von solchen Ideen Abstand zu halten. Ich bin auch für das Sparen. Aber so denke ich, geht es irgendwie Bach ab. Vor ein paar Jahren habe ich gesagt, Münchenstein ist wie ein Velo mit einer rostigen Kette. Wir müssen einfach ein bisschen mehr in die Pedale treten. Aber wenn wir die Kette verlieren, sehe ich schwarz.

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert W. Anwander, dass seine Anfrage als Antrag gemäss § 68 entgegengenommen werden kann, weil es grundsätzlich darum geht, dass die Kostenteilung der finanzierten Teile ca. 35 % betragen soll. Aber dann muss zuhänden dem Souverän aufgezeigt werden, welche Positionen betroffen sind. Es kann nicht generell darüber abgestimmt werden. Sind sie damit einverstanden, dass ich dies als Antrag gemäss § 68 entgegennehme und an der nächsten bzw. übernächsten Gemeindeversammlung zur Prüfung vorlege?

Werner Anwander ist damit einverstanden, dass Antrag gemäss § 68 entgegengenommen wird.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Somit wird es als Antrag gemäss § 68 entgegengenommen. Wir werden es prüfen und an einer der nächsten Gemeindeversammlungen vorlegen.

Seite 98-100, 6. Verkehr

Sergio Viva: Im Namen meiner Frau (nicht von den Grünen) stelle ich einen Antrag für den Kauf von zwei Gemeindetageskarten. Wir würden gerne das Budget um Fr. 27'000.— erhöhen. Im Gegenzug müsste man aber auch die Einnahmen um Fr. 24'000.— erhöhen, d. h. dies ergibt einen Minusbetrag von Fr. 3'000.—. Es ist nicht ein riesen Betrag, sogar kleiner als das, was A. Koller vorgeschlagen hat. Es bringt auch etwas. Ich bin sogar überzeugt, dass wir mit diesen Tageskarten eher einen Mehrwert erreichen. Ich würde sagen, auch im Namen von den Grünen, unterstützen wir den Antrag meiner Frau.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Der Gemeinderat hat das bereits das letzte Mal als Antrag gemäss § 68 entgegengenommen und den Antrag abgelehnt, weil es keine Kernaufgabe einer Gemeinde ist und die Tageskarten mittlerweile in Konkurrenz mit anderen Tageskarte stehen, die die Gemeinden teilweise bereits haben. Im seinerzeitigen Antrag stand, dass man sie für Fr. 45.— verkaufen kann. Der Durchschnittspreis liegt jedoch im Moment bei Fr. 40.—. Wir gehen davon aus, dass wir nicht 365 Tage im Jahr die Tageskarten verkaufen können. Unsere Kalkulation kann bestätigen, was Sergio Viva sagt. Wenn wir diese anschaffen, müssen wir mit einem Verlust von Fr. 2'500.— rechnen. Es ist alles (Arbeit vom Personal, Hosting von Fremdsystem, Internet, Verkaufspreis etc.) mitgerechnet. Der Antrag ist gestellt. S. Viva stellt den Antrag, dass wir den Verkehr um Fr. 27'000.— erhöhen, um zwei Tageskarten von je Fr. 13'300.— zu kaufen. Wir müssen dann die ganze Organisation aufziehen, damit man diese dann auch unter das Volk bringen kann. Die Einnahmen sind leider nicht bestätigt. Die Ausgaben sind aber sicher, weshalb die Bruttodarstellung zu beachten ist. Wir gehen heute davon aus, dass die Tageskarten während 360 Tagen verkauft werden können. Dies ist also eine sehr positive und optimistische Darstellung.

Sergio Viva: Das stimmt zwar. Auf der anderen Seite muss ich sagen, auch wenn man nicht davon ausgeht, dass man 360 Tage die Tageskarten verkaufen kann, kann man zumindest davon ausgehen, dass man diese für 300 Tage verkaufen kann. Darum sind wir davon ausgegangen, dass wir Fr. 24'000.— Einnahmen generieren würden. Zudem muss man sagen, sind wir in Münchenstein ja eigentlich eine Energiestadt. Wir gehen auch mit gutem Beispiel voran sowie alle anderen Gemeinden auch. Allschwil hat z. B. nicht nur zwei Tageskarten sondern sechs oder acht Tageskarten. Wenn ich jetzt schaue, was eine solche Tageskarte bei der SBB kostet, sind das rund Fr. 73.— mit dem Halbtax. Ich bin überzeugt, wenn die Leute das wissen, dass diese

dann wirklich praktisch zur Gemeinde rennen und diese dann kaufen. Das bin ich zu 100 % überzeugt.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Sergio Viva stellt den Antrag, dass wir zwei SBB-Tageskarten à je Fr. 13'300.— kaufen. Das macht eine Summe von rund Fr. 27'000.—.

://: Mit deutlichem Mehr wird der Antrag von Sergio Viva betreffend der Anschaffung von zwei SBB-Tageskarten à je Fr. 13'300.— abgelehnt.

André Schenker: Es geht um die Steuererhöhung und um das Budget 2015. Es geht nicht um den Finanzplan, das ist ein Plan, der ändert jedes Jahr. Es kommt etwas dazu und etwas weg. Nägel mit Köpfen machen wir hier an der Einwohnergemeindeversammlung jedes Jahr für das nächste Budget wie heute Abend. Ich habe zum Einstieg einen Vergleich. Ein Brot kostet jetzt Fr. 0.59. Im nächsten Jahr kostet es dann Fr. 0.63. Dies ist ein Anstieg von Fr. 0.04. Das entspricht einer realen Preiserhöhung von 6.8 %. So ist es auch bei der geplanten Steuererhöhung. Es ist eine reale Erhöhung von 6.8 %. Eine Steuererhöhung um vier Prozentpunkte von der Staatssteuer ist massiv. Das gibt eine Mehreinnahmen von Fr. 1.64 Mio. Das Budget 2015 sieht einen Ertragsüberschuss von Fr. 607'000.— vor, was eine Steuererhöhung auf Vorrat ist. Im Normalfall wird eher zurückhaltend budgetiert, was auch richtig ist. Das bedeutet auch, dass immer noch etwas Luft da ist. Unvorhergesehenes kann man sowieso nicht budgetieren, dann muss man einfach nachträglich eine Begründung liefern. Darum mache ich den Antrag, dass eine Erhöhung von 2 % des Steuerfusses reicht. Auch wenn ein kleineres Defizit entsteht, fördert dies bekanntlich den Sparwillen. Denn wenn Geld da ist, wird es auch ausgegeben. Wenn jemand noch wegen dem Ortsbus eine Frage hat, ich bin an für sich dafür, werde nachher aber eine abgespeckte Variante präsentieren. Das ist der Antrag: Erhöhung des Steuerfusses von 59 % auf 61 % der Staatssteuer 2015 für natürliche Personen.

Gemeindepräsident G. Lüthi weist darauf hin, dass wenn man dem Antrag von A. Schenker zustimmt, wir ein Defizit von Fr. 212'983.— haben.

Raffaello Masciadri: Wir von der FDP stellen natürlich den Antrag, dass es bei der Gemeindesteuer in Münchenstein keine Steuererhöhung gibt. Ich möchte dies wie folgt begründen. Wir haben uns sechs Punkte ausgedacht, die dies untermalen sollen. Beim ersten Punkt sind wir mit der Rechnungsprüfungskommission (H.-P. Stebler) mit dem Unsicherheitsfaktor einig. Die Wirtschaft in der Schweiz boomt. Wir werden das nächste Jahr mehr Steuereinnahme haben. Der zweite Punkt ist der Aufwandüberschuss von Fr. 1 Mio. für das nächste Jahr. Das ist nichts. Das ist Fr. 88.— pro Einwohner. Ich möchte einmal sehen, welche Familie oder Unternehmen ein Budget so genau voraussagen kann. Das ist ein Wunderbudget, das ist ein schweizerisches Uhrwerk. Der dritte Punkt betrifft die Steuern und Gebühren, die ein Fluch in der Schweiz sind. Ich habe in der stillen Kammer über 50 verschiedene Steuern und Gebühren gezählt. Wir werden auch heute Abend über neue Gebühren beschliessen. Viele werden zusagen. Auf allen politischen Ebenen werden die Verantwortlichen an dieser sogenannten Steuerschraube nach oben und nach unten drehen und die Wahrscheinlichkeit einer Steuererhöhung in irgendeiner dieser 52 Steuern ist schon wie geplant und viele Sachen sind in der Vernehmlassung. Betreffend Punkt vier können wir uns weiterhin sogenannten „nice to have“ Auslagen erlauben, was es auf allen Staatsebenen hat. Ein Beispiel auf der Gemeindeebene: Wir werden bald in Münchenstein an jedem Einfahrtstor zu Münchenstein einen Mönch haben, der uns begrüsst. Schöne Kunstwerke die für mich „nice to have“ sind. Auf Gemeindeebene sage ich nur Basta. Und ich meine nicht auf Italienisch genug Steuern, sondern Einstellungspolitik auf der Regierungsratsebene. Dann auf der Bundesebene vielleicht ein ganz nettes „nice to have“, unsere Energieministerin fährt jetzt einen Tesla (elektrisches Auto). Das ist für mich klar ein „nice to have“. Vermutlich werden wir auch bald noch über ein Flugzeug für sie entscheiden. In Punkt fünf geht es um das Sparen, was D. Rehmann am heissesten erwartet. Dort sind die Kostenverursacher klar bekannt. Diese wurden heute Abend mehrmals erwähnt. Man muss sogar Kostentreiber dazu sagen. Dort ist mein Vorschlag, dass man ganz genau hinschaut. Das ist auch in der höheren Ebene bereits in Vorbereitung. Wir haben die verschiedenen Bereiche im Sozialwesen, eine starke Komponente vom sogenannten Missbrauch. Dort müssen wir ganz genau hinschauen, dass da nicht Gelder einfach weit und breit in der Gemeinde herum verstreut werden. Ich spreche die Pflege, Sozialhilfe etc. an. Dann kommt ein gravierender Punkt. Wenn Sie den Steuerdruck erhöhen, wird der Bürger, zu dem wir das Vertrauensverhältnis aufbauen wollen, reagieren, nämlich mit den Steueroptimierungen. Da hatten wir auch wieder auf allen politischen Ebenen sogar Skandalfälle. Was aber von diesen Bekanntmachungen ein negatives Nebenereignis war, ist das jetzt die breite Bevölkerung praktisch aus diesen Fällen gelernt hat, wie man die eigenen Steuern besser optimiert. Also

müssen wir erwarten, dass wenn wir mit den Steuern rauf gehen, dass die Leute zurückgehen, mehr Zeit und Geld für Steueroptimierungen investieren und dass am Schluss trotz Steuerfusserhöhung absolut nicht mehr Geld in die Münchensteiner Kasse fliesst.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Raffaello Masciadri stellt den Antrag, die Einkommens- und Vermögenssteuer auf 59 % des Staatssteuerbetrages zu belassen. Ich entgegen, dass es teilweise stimmt, dass die Wirtschaft boomt. Die Steuereinnahmen in Münchenstein boomen jedoch nicht. Raffaello Masciadri hat unsere Altersstruktur vergessen. Wir haben am Meisten über 80-jährige. Münchenstein altert. Die Steuereinnahmen von alten Leuten sind nicht der Steuereinnahme von berufstätigen Leuten gleichzustellen.

Sergio Viva: Das ist meine persönliche Meinung und hat weder mit der SP, den Grünen noch mit der Linken Meinung zu tun. Ich sage einfach, Raffaello Masciadri vergisst etwas. Er hat zwar viele Gründe angegeben. Mit vielen bin ich mit ihm einig. Aber was noch fehlt ist, dass die umliegenden Gemeinden ja alle einen kleineren Steuerfuss haben d. h. wenn man z. B. Arlesheim betrachtet. Mit 42 % haben sie sogar verhindert, dass sie auf 45 % erhöhen. Wir sind im Moment bei rund 59 % und möchten auf 63 % erhöhen. Wenn man bei 63 % ist, sind wir viel höher als alle anderen umliegenden Gemeinden. Ich muss sagen, ich bin aus einem anderen Grund gegen die Steuererhöhung. Ich kann mich noch gut erinnern. Vor ca. vier Jahren, wo es um die Wahlen ging, hat es geheissen, wählt die Rechten Parteien, weil diese auf das Geld achten. Was passiert jetzt? Vor drei oder vier Jahren haben wir zwar die Steuern gesenkt und jetzt fahren wir wieder rauf d. h. ich weiss gar nicht, was das Ziel ist. Was haben wir geholt? Rein gar nichts. Wir haben zwar die Rechten geholt, wir haben die rechten Gemeinderäte ins Boot hereingeholt, aber die konnten es nicht besser als die Linken. Tut mir leid. Darum plädiere ich auch wie Raffaello Masciadri, aber noch einmal aus einem anderen Grund, dass die Steuern dort belassen werden, wo sie sind.

Peter Tobler: Ganz am Anfang hat D. Altermatt etwas von 1.56 % oder fast 2 % gesagt, wo wir die Steuern noch obendrauf erhöhen sollten, sodass das Pensionskassengeld reduziert werden kann. Nachher steht der Bus zur Debatte. Das ist auch nochmal 1 %. Wir haben vorher nur über Fr. 4'500.— und Fr. 20'000.— entschieden. Es ist ja nicht viel, aber all diese kleinen Brocken machen etwas aus. Wir haben jetzt dem Budget zugestimmt. Vergleichen wir es mit einem Einkauf im Coop. Ich fülle den Einkaufswagen und gehe zur Kasse. Dort heisst es, es kostet Fr. 200.—. Um Himmelswillen sage ich, können sie das Zeug nicht günstiger machen? Ich will nur Fr. 150.— bezahlen. Das geht auch nicht. Wo sind die Voten, durch die man etwas im Budget hätte sparen können? Wer hat gesagt, von mir aus, wir schaffen die Schule oder sonst etwas ab? Wir haben doch ganz viel. Es ist vieles „nice to have“. Aber irgendwo, ob im Bund oder Kanton hat einmal irgendjemand „ja“ gesagt. Ist ja gleich wenn man sagt: Oh, ja, das machen wir, der Bund bezahlt ja etwas davon. Wer bezahlt die direkten Bundessteuern? Wir dürfen uns doch nichts vormachen. Wir haben es von der Steueroptimierung. Das ist das eine. Aber wir diskutieren auch viele Male, wie wir unseren Kindern vorher etwas vermachen können, dass es nicht im Altersheim drauf geht. Wir hinterlassen doch unseren Kindern diese Schulden. Wir haben es doch gesehen. Wir haben einfach immer mehr Schulden. Es ist irgendwo ausgeglichen. Aber irgendeiner muss das einmal bezahlen. Dem Antrag des Gemeinderates ist sicher zuzustimmen oder wenn wir wollen, können wir noch 2 % draufschlagen, dann können wir wieder zusätzliche Wünsche anbringen, egal woher diese kommen.

Dieter Rehmann: Ich nehme gerne den Ball von meinen Vorredner auf, wo gesagt wurde, dass heute das Brot Fr. 0.59 kosten würde und Morgen Fr. 0.63. Wenn ich zurückschaue, hat das Brot im 2008 bereits Fr. 0.63 gekostet. Dort hatten wir auch einen Steuerfuss von 63 %. In der Zwischenzeit hatten wir noch etwas Teuerung und nächstes Jahr wäre das Brot real noch billiger mit 63 %. Was haben wir gemacht? Die SP hat immer gefordert, dass man noch Rückstellungen für die Ausfinanzierung der Pensionskasse macht, die uns heute so schwer auf dem Magen liegt. Nein, wir sind im 2009 mit den Steuern auf 61 % runter und seit 2011 haben wir 59 %. Jetzt mussten wir die Fr. 18 Mio. aufnehmen und beschwerten uns, dass wir so viele Schulden haben. Das war natürlich unter anderem, weil wir mit den Steuern runter gegangen sind, d. h. wir treiben jetzt nicht auf Vorrat Steuern ein. Nein, wir mussten relativ viele Schuldzinsen aufnehmen. Zu R. Masciadri möchte ich noch etwas entgegnen. Konkrete Sparvorschläge, ausser dem mit dem Mönch am Eingangstor, habe ich nicht gehört von R. Masciadri, auch vorher in der Debatte nicht, erscheint mir schade. Einfach zusagen, es sei eine Punktlandung und zu sagen, ja das geht irgendwie schon auf, denke ich, ist der falsche Ansatz. Ich erinnere daran, dass die letzte Rechnung mit einem Minus von Fr. 1.1 Mio. abgeschlossen hat. Das Budget 2014, welches hier vor einem Jahr genehmigt wurde, hat auf einem Minus von Fr. 1.2 Mio. gelautet. Wenn wir jetzt wieder keine Steuern erhöhen, haben wir wieder einen Millionendefizit, den wir budgetieren. Ich

finde es nicht verantwortungsvoll. Ich finde es der nächsten Generation gegenüber nicht verantwortungsvoll, die schlussendlich einmal die Schuldzinsen bezahlen muss. Ich denke, die Zinsen werden nicht immer so tief wie jetzt sein. Obwohl es jetzt einfach ist, Investitionen zu tätigen und auf „Pump“ zu leben. Aber sobald die Zinsen wieder steigen, werden wir alle wieder jammern. Das hat Münchenstein schon einmal erlebt. Schlussendlich müssen diese Schulden auch wieder einmal zurückbezahlt werden. Irgendwie scheint es mir ein wenig paradox von der FDP, die immer noch die 59 % möchten. Wir haben einen bürgerlichen Gemeinderat mit relativ viele FDP-Vertreter. Wenn die eigene Partei an einer Gemeindeversammlung so votieren würde, würde ich es als Misstrauensvotum betrachten. Ich möchte Euch darauf aufmerksam machen und auch alle, die nachher für den Bus sind (den Bus wieder einführen möchten), dass wir den Steuersatz von 63 % brauchen, ansonsten können wir das wirklich nicht finanzieren.

Arnold Amacher: Ich möchte einfach den Punkt nochmals aufgreifen und sie bitten, der Steuererhöhung zuzustimmen. Wir von den Grünen haben seit Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht mit der Steuersenkung so weiter gehen kann. Die Steuersenkungsübungen waren nichts anderes als Wahlkampf Kampagnen für die Leute, die jetzt im Gemeinderat sitzen. Die Rechnung müssen sie diesen Herren bei den Wahlen präsentieren. Darum erhöhen sie jetzt bitte die Steuern. Wir können es nicht verantworten, die Schulden noch weiter zu treiben.

Gemeindepräsident G. Lüthi erläutert das Wahlprozedere der Anträge vom Gemeinderat (63 %), Peter Tobler (65 %), André Schenker (61 %) und Raffaello Masciadri (59 %).

Geschäftsleiter S. Friedli Skizziert den Vorschlag des Gemeindepräsidenten. Das ist das einzige demokratisch absolut unzweifelhafte Verfahren. Dabei geht es darum, dass ein bestimmter Steuerfuss vom Gemeindepräsidenten genannt wird. Sie sagen dann, ob sie mit dem einverstanden sind bzw. ob sie dem zustimmen wollen. Das macht der Gemeinderatspräsident über alle diese Vorschläge, die sie jetzt gehört haben. Die Stimmen werden gezählt und der Vorschlag, der am wenigsten Stimmen bekommt, entfällt. Dann wird das Prozedere wiederholt und wieder entfällt der Vorschlag mit den geringsten Stimmen. Das Prozedere wird so oft wiederholt bis am Schluss nur noch ein Vorschlag bestehen bleibt. Dieser geht in die Schlussabstimmung. So haben wir keine Diskussionen, welcher Vorschlag welchem gegenüber gestellt werden soll. Darum ist dies demokratisch das absolut korrekte Verfahren.

Sergio Viva möchte erfahren, ob man bei jeder Frage zu einem bestimmten Steuerfuss abstimmen darf?

Geschäftsleiter S. Friedli: Ja, selbstverständlich. Der Gemeinderatspräsident wird jeden Steuerfuss zur Debatte stellen und sie haben immer die Möglichkeit, „ja“ zu stimmen. „Nein“ müssen sie nicht stimmen, weil nur die zustimmenden Stimmen gezählt werden. Dies dauert solange bis schlussendlich ein Steuerfuss definiert ist, der in die Schlussabstimmung geht. In der Schlussabstimmung müssen wir die Nein-Stimmen anschauen, vorher nicht.

Antrag Peter Tobler (65 %): 10 Zustimmungen

Antrag André Schenker (61 %): 221 Zustimmungen

Antrag Raffaello Masciadri (59 %): 120 Zustimmungen

Ausmehrung der Anträge André Schenker (61 %) versus Raffaello Masciadri (59 %).

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert, dass wenn die Gemeindeversammlung den 61 Steuerprozenten zustimmt, das Defizit ca. Fr. 213'000.— beträgt und wenn die 59 Steuerprozent belassen werden, das Defizit Fr. 1.034 Mio. beträgt.

Mit deutlichem Mehr obsiegt der Antrag von André Schenker (61 %) den Antrag von Raffaello Masciadri (59 %).

Urs Bleisch möchte wissen, warum die 63 % nicht zur Abstimmung gekommen sind.

Geschäftsleiter S. Friedli: Es ist das Recht des Gemeinderates, der Gemeindeversammlung einen Antrag zu stellen. Das hat er auch mit dem Vorliegenden Budget gemacht. Es ist ihr Recht, Änderungsanträge zu diesem Antrag zu stellen, d. h. sie können den Antrag des Gemeinderates z. B. in der Höhe vom Steuerfuss verändern. Jetzt geht es darum, um wie viel Steuerprozent der Antrag des Gemeinderates geändert werden soll. Da sich ihre Anträge gegenseitig ausschliessen, kann man nicht gleichzeitig 61 % und 59 % haben. Deshalb musste man zuerst schauen, welcher dieser Änderungsanträge überhaupt derjenige ist, den die Gemeindeversammlung als gut betrachtet. Dieser so obsiegende Antrag wird dann dem

Gemeinderatsantrag gegenübergestellt. Das ist das vordefinierte Verfahren, was völlig einwandfrei ist.

Der Antrag von André Schenker (61 %) wird mit 257 gegen 91 Stimmen angenommen.

://: Das Budget 2015 wird mit deutlichem Mehr genehmigt.

Für das Jahr 2015 werden die öffentlichen Abgaben wie folgt festgesetzt:

Gemeindesteuersätze (§ 2 Steuerreglement)

Natürliche Personen:

Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StG): 61 % des Staatssteuerbetrages
(Vorjahr 59 %)

Juristische Personen:

Ertragssteuer (§ 58 StG): 5 % des steuerbaren Ertrages (wie bisher)
Kapitalsteuer (§ 62 StG): 2.75 ‰ des steuerbaren Kapitals (wie bisher)

Feuerwehrpflichtersatz (§ 6 III Feuerwehrrreglement)

10 % des Gemeindesteuerbetrages (wie bisher), max. Fr. 1'100.— (wie bisher)

Traktandum 5

Antrag gemäss § 68 GemG von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein betreffend Wiederaufnahme der Buslinie 58

Gemeinderat L. Lauper erläutert die Vorlage mittels PowerPoint-Präsentation. Was ist die Ausgangslage, die der Gemeinderat hatte, um die Vorlage vorzubereiten? An der Gemeindeversammlung vom 17. September 2014 wurde der Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker erheblich erklärt. Jetzt möchte der Gemeinderat den Antrag umsetzen, hat allerdings auch noch einen Gegenvorschlag erarbeitet. Er hat Offerten bei fünf Unternehmungen für den Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker sowie den Gegenvorschlag eingeholt. Ebenfalls hat er eine Ertragsabschätzung durch die Rapp Trans AG für den Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker sowie den Gegenvorschlag durchführen lassen. Der Gemeinderat ist weiterhin der Meinung, dass die Kostenfolgen für den Bus 58 zu hoch sind. L. Lauper erläutert den Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker sowie den Gegenvorschlag. Der Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker schlägt einen Studentakt vom Bruderholz zum Schlossmatt vor. Der Gegenvorschlag schlägt einen Halbstudentakt von der Motorfahrzeugkontrolle zum Schlossmatt vor. L. Lauper erläutert den Grund des Gegenvorschlages. Ein Studentakt ist einfach zu wenig attraktiv, die Wartezeiten werden zu lange. Ein Halbstudentakt ist in einem so dicht überbauten Gebiet, wie wir es hier haben, das Minimum. Ein Bus, der für den Arbeits- sowie Schulweg genutzt werden soll, wird erst mit einem Halbstudentakt attraktiv und genutzt. Das Bruderholzspital ist mit dem Bus 47 ab Dreispitz und mit dem Bus 60 ab Neue Welt – Schaulager – Bottmingen bestens erschlossen. L. Lauper erläutert die Vorgaben der Offerte, die den fünf Unternehmungen, die angeschrieben wurden, gemacht wurden. Es muss ein Kleinbus mit mindestens zwölf Sitzplätzen und einem Niederflureinstieg sein, Fahrausweis TNW inkl. U-Abo, Halbtax und GA müssen anerkannt werden, es muss in der Zone 10 TNW liegen, der Betriebsbeginn ist auf den 1. Juli 2015 anzusetzen, der Betrieb sollte von 6.00 bis 20.00 Uhr (Montag bis Samstag) und von 9.00 bis 20.00 Uhr (Sonntag) sein. Die Offerte wurde für die Zeitdauer von Juni 2015 bis Dezember 2017 eingeholt. L. Lauper erläutert die Kosten für jeweils einen Bus inkl. einem Chauffeur. Die beiden Varianten brauchen beide nur einen Bus inkl. einem Chauffeur und fahren ähnliche Fahrkilometer, was bedeutet, dass es in etwa die gleichen Ausgaben sind. Aber gemäss Rapp Trans rechnet man beim Halbstudentakt (Motorfahrzeugkontrolle – Schlossmatt) mit einem etwas höheren Ertrag. Die Offerte, die hier ersichtlich ist, ist diejenige von der BLT, welche am günstigsten ist. In der Offerte ist ersichtlich, dass im Jahr mit ca. +/- Fr. 320'000.— ungedeckten Kosten gerechnet wird, was über die Betriebsdauer, die in der Versuchsphase vorgeschlagen wird, ca. Fr. 800'000.— ausmacht. Nach 18 Monaten Betrieb (per Ende 2016) würden wir vorschlagen, dass man die Fahrgastzahlen analysiert und an der Gemeindeversammlung im Frühling 2017 die Ergebnisse darlegen und dementsprechend den Antrag auf Weiterbetrieb oder Aufhebung stellen. Das Fazit ist, was sie auch im Ratschlag nachlesen können, dass der Gemeinderat der Auffassung ist, dass die Finanzierung einer ÖV-Querverbindung zu Lasten der Steuerzahler der Gemeinde Münchenstein in Anbetracht der hohen Kosten und der erfahrungsgemäss geringen Nutzung von der

Gemeindeversammlung abgelehnt werden sollte. Wenn die Gemeindeversammlung die ÖV-Querverbindung in Münchenstein trotz der hohen Kosten wieder einführen möchte, so ist es nach Ansicht des Gemeinderates wesentlich vorteilhafter eine leistungsfähige Querverbindung durch Münchenstein im Halbstundentakt zu betreiben und anstelle des Antrages von Paul Messmer und Hans Schenker den Gegenvorschlag des Gemeinderates gutzuheissen.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Die Gemeindekommission hat wieder einmal Fragen zu den Einnahmen (inkl. Berechnung), der Linienführung und dem Stunden- bzw. Halbstundentakt gestellt. Man hat auch die hoch professionelle Ausschreibung, die Ausgaben und den Ertrag bemerkt. Es wurde geantwortet, dass der Ertrag nicht Gegenstand der Beschlussfassung bzw. nicht die ausschlaggebende Komponente ist. Der Ertrag ist nur ein informeller Bestand der Vorlage. Beide Anträge (Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker sowie Gegenvorschlag) wurden einander gegenüber gestellt. Bei dieser Abstimmung hat der Gegenvorschlag des Gemeinderates mit 12 Stimmen und einer Enthaltung obsiegt. Dann wurde über den Antrag des Gemeinderates abgestimmt, ob man den Bus möchte. Die Gemeindekommission hat den Antrag des Gemeinderates mit fünf Stimmen, sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Hans Schenker: Das Komitee PRO Münchenstein zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages des Gemeinderates mit dem Halbstundentakt zurück. Wir glauben, der Halbstundentakt ist sicher, wie L. Lauper gesagt hat, die bessere Lösung und auch attraktiver. Dass man dann somit das Bruderholzspital nicht erreicht, ist schade. Aber auf der anderen Seite hat es dann eine Haltestelle bei der Birshof Klinik. Ich war bei der Birshof Klinik. Ich war dort 18 Mal in einer Therapie. Es hat ca. 200 Personen, die dort in die Therapie gehen. Hinten bei den Parkplätzen sowie beim Hinfahren besteht ein Chaos. Jemand der operiert ist und nicht mehr Autofahren kann, muss irgendwie mit dem Taxi kommen. Ich glaube, dass die Birshof Klinik frequenter sein wird als das Bruderholzspital. Wir ziehen den Antrag zu Gunsten des Gegenantrages des Gemeinderates zurück und unterstützen diesen. Dazu möchte ich sagen, dass man eintreten sollte und diesem Antrag zustimmen sollte. Es sind viele alte Leute und Leute, die eigentlich das Auto nicht mehr benutzen wollen, froh, wenn der Bus zustande kommt. Ob der Bus rentabel sein wird, können wir im Moment nicht sagen. Leider war der Bus in der Vergangenheit nicht so gut frequentiert. Wir hoffen aber, dass es besser sein wird und die Leute, die den Bus haben wollen, den Bus dann auch dementsprechend benutzen werden. Darum bitte ich sie, auf den Antrag einzugehen. Als ich heute den Finanzplan gelesen habe, habe ich auf Seite 3 bei der Raumplanung und den Zielen des Gemeinderates für die Attraktivität der Gemeinde im ersten Absatz „eine hervorragende Erschliessung mit öffentlichem Verkehr sei anzustreben“ gelesen. Ich glaube, dies wäre ein Beitrag dazu. Münchenstein ist ca. sechs oder sieben Mal von Süden nach Norden mit dem Tram, dem Bus, der Bahn und den Strassen erschlossen. Es gibt eigentlich keine einzige Querverbindung. Wenn wir einen Zusammenhalt in dieser Gemeinde erzielen möchten, müssen wir dem Bus zustimmen. Wenn wir den älteren Leuten, die über 70 oder 75 Jahre sind, den Fahrausweis absprechen wollen, weil sie eine Gefahr auf der Strasse darstellen, dann müssen wir diesen Leuten die Möglichkeit geben, dass sie trotzdem vom Berg in die Gartenstadt oder in die Birshof Klinik gelangen. Darum bitte ich, dem Antrag zuzustimmen und die Probezeit sowie das daraus resultierende Resultat abzuwarten. Des Weiteren möchte ich den Wunsch anbringen, dass man nicht anfangen sollte, über die Haltestellen, Fahrzeiten und andere Dinge in der Vorlage zu diskutieren. Der vorliegende Fahrplan wurde von Fachleuten erstellt. Es ist fraglich, ob es hier Leute gibt, die noch fachbezogener sind als die Fachleute und die wissen, wie man dies mit den Haltestellen bewerkstelligen soll. Überlasst es daher den Fachleuten, wartet die Probezeit ab und stimmt dem Bus zu.

Gemeindepräsident G. Lüthi nimmt das Votum von H. Schenker als Abstimmungsempfehlung zuhanden des Gegenvorschlages des Gemeinderates auf.

Adil Koller: Im Namen der SP möchte ich kurz einen Rückblick machen. Vor einem Jahr, haben wir mit einem Komitee eine Petition gesammelt, welches „Ja, zur ÖV-Querverbindung“ lautete. Es sind damals mehr als 1'000 Unterschriften zusammengekommen, um die ÖV-Querverbindung aufrechtzuerhalten. Immerhin hat der Gemeinderat dann eine Studie durchgeführt. Der Budgetantrag zur Aufrechterhaltung scheiterte ganz knapp an einem Zufallsmehr. Ich durfte damals die Petition sowie die Website verwalten. Ich kann mich an die E-Mails erinnern, die ich damals bekam. Es waren E-Mails von Mütter, die sich einen sicheren Schulweg für ihre Kinder wünschten, von Leuten, die nicht mehr so fit waren und ihr Auto verkauft hatten, von Senioren, von den Angehörigen älterer Leute, die wollten das ihre Eltern noch mobil sein könne, auch wenn sie älter sind. Man erkennt eigentlich, dass das Anliegen, das wir aufnehmen, verdient hat, dass man es eben weiter verfolgt und dass es dafür ein Bedürfnis gibt. Wir hatten bis vor kurzem noch

zwei Vorschläge (Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker sowie Gegenvorschlag) auf dem Tisch. Der Antrag von Paul Messmer und Hans Schenker ist nun zurückgezogen worden, aber wir haben den Gegenvorschlag des Gemeinderates, bei dem der Gemeinderat dagegen ist. Es ist unterdessen Mode im Kanton Basel-Landschaft, dass man Gegenvorschläge macht, aber jedoch dagegen ist. Der Gegenvorschlag ist trotzdem besser. Es ist der Halbstundentakt vom Schlossmatt – Gartenstadt – Birshof Klinik, der die verschiedenen Bereiche bzw. Quartiere verbindet. Der Bus fährt doppelt so oft und kostet ca. gleich viel, weil die Fixkosten gleichhoch sind. Das empfinden wir ein gutes Angebot für die Münchensteinerinnen und Münchensteiner, wenn man die Phase der zweieinhalb Jahre betrachtet. Die SP ist immer noch der Meinung, dass die Querverbindung nötig ist und steht darum für den Gegenvorschlag ein. Auf der einen Seite im Sinne von einer sinnvollen Verkehrspolitik, die eben auch die Umwelt schont und auf der anderen Seite auch im Sinne von einer Alterspolitik, die die Mobilität nicht erschwert. Das sind zwei Anliegen der SP. Im dem Sinne bitten wir sie, stimmen sie „ja“ zu diesem Vorschlag.

Ruth Metz-Wolff möchte gerne eine Anregung geben. Auf Seite 7 hat man verschiedene Punkte für den Bus aufgelistet. Sollte man nicht den letzten Punkt vorziehen? Prüfen und eine Abklärung treffen, ob eine Teilleistungsübernahme durch Baselland möglich wäre. Dann möchte ich noch A. Koller sagen, dass es in unserer Gemeinde einen Verein gibt, welchen ich auch in Anspruch genommen habe, wo man sich für Fr. 5.— innerhalb von Münchenstein chauffieren lassen kann (z. B. auch zum Birshof).

Michael Trummer: Mir scheint, dass ein Pro-Argument (Wirtschaftsstandort Münchenstein stärken) noch nicht wirklich behandelt wurde, da ich noch nichts davon gelesen habe. Das alte Dorf hat an der Strasse diverse Läden, Restaurants, Velo-Mechaniker und diverse Leute die dort oben ein Gewerbe betreiben. Ab und zu kommt es mir dort oben sehr einsam vor. Ich gehöre unter anderem auch zu der Busmiete.ch AG, welche ebenfalls eine Offerte für den Ortsbus unterbreitet hat. Wir haben uns an die Vorgaben der Ausschreibung gehalten. Als Idee von unserer Seite her wäre gewesen, dass man durch das Gstad, beim Jugendhaus rauf und eine Zusatzschleife durch das Dorf macht (Gewerbebetreibenden somit mit Haltestelle abgedeckt). Wir haben sehr oft davon gesprochen. Mir ist eher auch von der jüngeren Generation übermittelt worden, dass der Bus dazu dient, die älteren Leute vom Altersheim zum Friedhof und in die Klinik etc. zu bringen. Als Mitglied vom Gewerbeverein fände ich es irgendwie sinnvoll, wenn man es als positives unterstützendes Medium für das Gewerbe betrachten würde. Durch das man allenfalls noch die Tour etwas anpassen und sinnvoller gestalten könnte, könnte man dies proaktiv unterstützen. Ich habe ab und zu das Gefühl, es wäre dringend nötig, dass man in Münchenstein Dorf in diese Richtung etwas unternehmen würde, dass man auch den Gewerbebetreibenden dort oben wie Velo-Mech Hofer etc. ein Zeichen geben könnte, dass sie nicht von Münchenstein abgeschnitten sind und sich nicht nur alles auf das Einkaufszentrum Gartenstadt und Dreispitz etc. konzentriert, sondern dass das ältere Dorf auch noch angebunden ist und bleibt, weil es dies auch verdient hat.

Arnold Amacher: Ich bin absolut der Meinung, wir sollten etwas in diesem Sektor ÖV unternehmen. Ich möchte ihnen den Antrag des Gemeinderates empfehlen. Ich habe aber ein Problem mit der Finanzierung. Ich verstehe eigentlich nicht ganz, warum dies im Budget nicht bereits provisorisch enthalten ist. Heisst dies, dass sich das Budget nochmals um Fr. 130'000.— verschlechtert? Warum können wir in dieser Vorlage auch gleichzeitig die Finanzierung regeln und sagen, dass es für das Jahr 2015 ein halbes Steuerprozent mehr gibt? Ich finde es verantwortungslos, dass wir vorher wegen ein paar tausend Franken eine Ewigkeit diskutiert haben und jetzt eine Ausgabe beschliessen wollen, bei der ich absolut dahinter stehe, aber ich nicht dahinter stehe, dass wir es nicht finanzieren. Ich möchte gerne wissen, wie der Gemeinderat dies sieht.

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert, dass man dies leider nicht über das Budget beschliessen kann. Es ist eine neue jährlich wiederkehrende Ausgabe über Fr. 200'000.—. Diese kann nicht ins Budget integriert werden. Die Ausgabe untersteht dem Referendum. Das Budget untersteht nicht dem Referendum (Finanzgesetz).

Arnold Amacher: Ich bin lange genug in dieser Gemeinde und habe nicht das gemeint. Ich finde es verantwortungslos. Das Geld muss ja dann im Budget erscheinen. Spätestens nächstes Jahr ist das Geld im Budget. Ist doch gar keine Frage, weil wir es beschliessen. Also muss es nachher auch im Budget sein. Ich wollte einfach wissen, wie die Auswirkungen für das Budget 2015 sind und ob es eine Möglichkeit gibt, dies in der gleichen Vorlage auch mit der Finanzierungsfrage zu regeln.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Selbstverständlich werden wir es im Budget 2016 berücksichtigen, wenn dem Bus heute zugestimmt wird. Es wird aber nicht im Budget 2015 erscheinen. Es untersteht dem Referendum (Finanzgesetz).

André Schenker: Ich habe es angetönt, dass ich mich zum Ortsbus nochmal melden werde. Aus meiner Sicht ist der Bus im Grundsatz unbestritten. Die Querverbindung in Münchenstein ist wirklich sinnvoll und vor allem wichtig für die weniger mobilen Personen. Ich denke der Bedarf besteht vor allem tagsüber. Sinnvoll ist die Lösung, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Die Variante ist allerdings sehr teuer. Aus diesem Grund schlage ich eine abgespeckte Alternative vor. A. Schenker präsentiert seinen Vorschlag im Vergleich zum Gegenvorschlag des Gemeinderates. Es ist fast alles gleich ausser bei zwei Punkten. Gleich sind der behindertengerechte Kleinbus und der Halbstundentakt. Ich schlage jedoch vor, die Betriebszeit von 9.00 bis 18.00 Uhr (Montag bis Samstag) und 10.00 bis 18.00 Uhr (Sonntag) zu definieren. Ich meine, das sind die Schwerpunktzeiten, bei denen wirklich auch etwas los sein sollte. Das andere ist wünschenswert. Ich glaube jedoch dass es wichtig ist, dass wir eine Variante haben, die verhältnismässig ist. Der nächste Punkt ist der Verpflichtungskredit, der zur Diskussion bzw. Abstimmung steht. Beim Vorschlag des Gemeinderates sind es 96 Wochenstunden, was Fr. 1'150'000.— in den 2½ Jahren ergibt. Meine Variante mit den 62 Wochenstunden ergibt Fr. 745'000.— in den 2½ Jahren. Ich habe es so berechnet, dass ich das Jahr 2016 als Beispiel genommen habe (Fr. 455'000.— ÷ 96 = Fr. 4'740.— ≈ Fr. 4'800.— × 62 = Fr. 297'600.— × 2.5 = Fr. 744'000.— ≈ Fr. 745'000.—). A. Schenker präsentiert seinen Antrag.

„Der Ortsbus Münchenstein wird gemäss der abgespeckten Alternative realisiert. Der Gemeinderat verhandelt mit der Gartenstadt und der Birshof Klink über einen angemessenen Kostenbeitrag. Er orientiert im Wochenblatt über das Ergebnis.“

André Schenker: Ich bin der Meinung, die beiden Standorte profitieren sehr viel von diesem Bus und man sollte es zumindest versuchen. Ich nehme an, das Verhandlungsgeschick des Gemeinderates ist sicher sehr gut. Ich habe lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.

Gemeindepräsident G. Lüthi: A. Schenker hat Änderungen beantragt. Normalerweise kann der Souverän nur über den Verpflichtungskredit beschliessen.

Geschäftsleiter S. Friedli: Sie haben vorliegend im Ratschlag zu dieser Gemeindeversammlung zwei mögliche Varianten betreffend der Finanzierung dieser Buslinie und somit auch betreffend der Gegenstände, die zur Abstimmung stehen können. Sie haben eine Variante, die eine jährlich wiederkehrende Ausgabe vorsieht und eine andere Variante, die einen Verpflichtungskredit für einen Testbetrieb vorsieht. Bei beiden Varianten kann die Gemeindeversammlung die Beträge ändern, d. h. die Gemeindeversammlung kann Änderungsanträge stellen, die auf die Betragshöhe abzielen. Im vorliegenden ausformulierten Antrag, den wir gerade gesehen haben, ist dies nicht der Fall. Wir haben zwischenzeitlich eine Folie gesehen, in der eine andere Zahl zum Verpflichtungskredit genannt wurde. Das wäre denkbar, wurde aber nicht so als Antrag formuliert. Was heisst dies nun zu gut Deutsch? Die Gemeindeversammlung kann Verpflichtungskredite erhöhen oder reduzieren. Im jeden Fall aber muss ein Antrag sich auf eine bestimmte Kredithöhe richten, d. h. sie können nicht einfach bestimmte Wünsche zum Inhalt anbringen, ohne eine Kredithöhe zu definieren. Wenn man jetzt dem Antrag eine Kredithöhe von Fr. 745'000.— unterstellen möchte, so wie dies zwischenzeitlich in der Folie war, dann könnten sie dies beschliessen. Dann hat der Gemeinderat die Möglichkeit, mit Fr. 745'000.— eine Buslinie umzusetzen. Wenn er dies nicht kann, muss er wieder vor die Gemeindeversammlung kommen und sich einen Nachtragskredit sprechen lassen. Sie können also nicht in die technischen Ablaufdetails von dieser Vorlage in dem Sinne Einfluss nehmen, ohne dass sie gleichzeitig den Kreditbetrag verändern. Insofern ist das kein zulässiger Antrag nach Gemeinderecht, wie er heute vorgelegt wurde. Ich bitte um Verständnis.

André Schenker: Sie haben mir jetzt erklärt, dass das was ich vorgetragen habe, gar nicht geht. Ich stelle in diesem Falle folgenden Antrag:

„Der Verpflichtungskredit von Fr. 745'000.— wird dem anderen Verpflichtungskredit für die gleichen Rahmenbedingungen was den Testbetrieb, Kleinbus, Halbstundentakt anbelangt, gegenüber gestellt.“

André Schenker: Ich nehme an, der Gemeinderat wird dann nicht von 5.00 Uhr morgens bis 9.00 Uhr und von 18.00 Uhr bis 22.00 Uhr einen Betrieb vorsehen, sondern ich nehme an, es wird eine vernünftige Lösung möglich sein.

Gemeinderat L. Lauper Beim Kanton Geld einzufordern kann eine Anregung sein. Diese Anregung war bereits im Antrag gemäss § 68 enthalten. Wir betrachten es immer noch als gültig, auch wenn es zurückgezogen wurde. Wir dürfen uns aber nicht zu viele Hoffnungen machen. Wir müssen auch bereit sein, den Bus ohne Unterstützung des Kantons zu bezahlen. Die Aussagen des Kantons diesbezüglich waren wirklich eindeutig. Betreffend der Durchfahrt des Busses hat H. Schenker anfangs darum gebeten, nicht auf diese Diskussion einzutreten. Grundsätzlich ist es, wie vorhin von S. Friedli erläutert wurde, wie und wo der Bus durchfährt, in der Kompetenz des Gemeinderates. Er hat im jetzigen Antrag seine Vorstellung nochmals hineingeschrieben. Wieso wir diesen Weg nehmen, ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern wir haben uns hier auch auf Fachleute abgestützt. Wir haben schon im September 2013 dargestellt, was uns die Rapp Trans dargelegt hat, was für Potential sind, wo und wie man auch mit Kleinbussen durchfahren kann. Aus dem Grunde sind wir bei diesem Vorschlag geblieben. Wie gesagt, der Gemeinderat kann dies nochmals anschauen, aber hat keine Verpflichtung, was das angeht. Die Themen zur Sondervorlagen und zum Budget von A. Amacher wurden bereits abgehandelt. A. Schenker sagt, der Bus soll ab 9.00 Uhr fahren. Was ist mit den Schülern und arbeitstätigen Leuten? Diese waren bereits um 9.00 Uhr unterwegs. Das kann man auch den Zahlen vom Bus 58 vor der Einstellung entnehmen. Ein grosser Piek des Busses war um 7.00 Uhr morgens. Also von dem her meine ich, dass wenn man einen Bus möchte, bringt diese Variante, die einen ganz grossen Kundenkreis ausschliesst, einfach nichts. Ich bitte sie, nicht auf das einzutreten, weil wenn der Gemeinderat Geld ausgeben muss, dann möchte er es wenigstens dort, wo es Sinn macht. Das Thema betreffend der Verhandlungen mit der Gartenstad und der Birshof Klinik hören wir schon länger. Mit der Birshof Klinik haben wir bereits Verhandlungen geführt. In den Verhandlungen ist es uns soweit gelungen, dass wir vielleicht den Platz zur Verfügung gestellt bekommen, sodass der Bus dort stehen darf. Aber weitergehend konnten wir sie zu nichts verpflichten, weil sie schlicht und einfach nicht verpflichtet sind, hier etwas zu tun. Aber auch dies war im Bereich der Anregungen an den Gemeinderat.

Gemeindepräsident G. Lüthi möchte von A. Schenker wissen, ob er auf den Antrag beharrt.

André Schenker beharrt auf seinen Antrag.

Daniel Kohler: Ich habe jetzt ganz viele Zahlen, Fakten, was im Internet geschrieben wurde, was A. Koller an Rückmeldungen zurückbekommen hat etc. gehört. Ich habe ein Anliegen. Seit für einmal kurz mit euch selber ehrlich, geht in Euch und überlegt euch, wie oft ihr in der Versuchsphase mit dem Bus 58 gefahren seid, als er noch bestand. Ich denke, dass hier drinnen ganz viele Leute sitzen, die fast nie oder nie mit dem Bus gefahren sind und es jetzt toll finden, einen Bus zu bekommen. Ich wäre grundsätzlich auch dafür, dass man einen solchen Bus einführt. Wird er dann aber wirklich genutzt und steigt ihr dort ein und fährt jeden Tag bzw. jede Woche damit? Überlegt euch dies einmal.

Elisabeth Stutz: Ich stell in Frage, dass der Bus rentabel sein soll. Ich habe gehört, dass der Hofmatt Bus sehr spärlich besetzt ist. Es gibt ausserdem, wie R. Metz-Wolff vorhin gesagt hat, den Seniorenfahrdienst, der auch noch Kapazitäten zur Verfügung hat. Dann stelle ich zusätzlich noch in Frage, was mit dem Friedhof Bus passieren soll, wenn der Versuchsbus eingeführt wird.

Dominic Degen: Ich möchte auf zweierlei Sachen eingehen. Als erstes haben der ursprüngliche Antrag und die Variante Schenker beide einen entscheidenden Nachteil, sie sind nicht attraktiv und befriedigen lediglich die Bedürfnisse einer kleiner Schicht und dies wäre in einem Falle die Leute, die ins Spital fahren müssen und auf den Bruderholz. Das verstehe ich sehr gut, aber das Bruderholz ist schon sehr einfach erreichbar. Wenn sie also für den Bus sind, bitte ich sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen, der eine leistungsfähige Querverbindung für alle Altersklassen, Berufsgruppen und Schichten ermöglicht. Leider sind wir von der FDP aus den folgenden Gründen gegen den Bus. Sie haben vorhin ein Budget mit einem Verlust von ca. Fr. 200'000.— abgesehnet. Wenn sie diesem Bus jetzt zustimmen, kommen wir im ersten Jahr auf Fr. 360'000.— und im darauffolgenden Jahr auf ca. Fr. 500'000.— Verlust. Das ist im ersten Jahr fast eine Verdoppelung und danach mehr als eine Verdoppelung des Verlustes für etwas, das „nice to have“ ist. Wer vom Dorf zur Gartenstadt möchte, kann gerne über den Dreispitz fahren. Man muss aber auch nicht in die Gartenstadt einkaufen gehen. Also ich gehe nach Arlesheim einkaufen. Das kann man mir getrost ankreiden. Ich möchte auch dazu sagen, dass ich einer derjenigen war, der im Schnitt vier bis fünf Mal mit dem Bus gefahren ist, als dieser noch fuhr.

Adil Koller: Ich bin gerade etwas erschrocken, als die Anpassung des Antrages kam und habe ein bisschen das Nervenflattern bekommen, weil dieser alles ausser durchdacht ist. Wir hatten

die Studie der Rapp. Das ist ein Ingenieur Büro, das abgeklärt hat, welche Variante am geschickteste ist, wie der Bus von den Zeiten her verkehren muss und wann am meisten Leute den Bus benutzen. Jetzt kommt dieser Antrag, der zwei der wichtigsten Gruppen einfach ausklammert. Das sind die Leute oder die Kinder, die morgens in die Schule gehen, die leider nicht erst um 9.30 Uhr beginnt. Das hätte ich mir manchmal auch gewünscht. Manchmal muss man auch länger als bis um 18.00 Uhr arbeiten. Es ist also absolut nicht durchdacht. Der Ertrag des Busses würde ebenfalls tiefer ausfallen, wenn noch weniger Leuten den Bus benützen. Also stimmen sie dem Gegenvorschlag zu und bitte nicht dem nicht durchdachten Vorschlag.

Arnold Amacher: Ich glaube, ich bin falsch verstanden worden. Mit dem Budget, dem Referendum und so weiter ist mir alles klar. Aber was mir auch klar ist, ist dass das Defizit steigt. Ich habe eigentlich nur die Frage gestellt, ob es bei dieser Vorlage möglich ist, die Verknüpfung zu erstellen, indem man sagt, wir bewilligen zu einer Teilfinanzierung gleichzeitig auch ein halbes zusätzliches Steuerprozent zu den regulär bewilligten Prozenten. Ich bin für den Ortsbus, dass das ganz klar ist und ich bin gegen den Vorschlag von A. Schenk. Wenn wir etwas ausprobieren wollen, müssen wir den Vorschlag nicht jetzt schon so schlecht ausgestalten, dass wir jetzt schon wissen, dass es nicht funktioniert.

Geschäftsleiter S. Friedli: Der Steuerfuss ist im Rahmen vom Budget festzulegen. Das wurde auch gemacht. Es besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zu dieser Sondervorlage. Der Grund weshalb der Gemeindepräsident immer wieder das Thema Referendum darlegt, ist eben genau dieser, dass eine Sondervorlage auch dem Referendum untersteht und es dementsprechend auch möglich ist, dass das Referendum ergriffen wird und der Souverän dann vielleicht so etwas ablehnt. Und was bleibt dann mit der gekoppelten Steuerfusserhöhung? Es gibt keine Abstimmungsfragen an den Souverän mit einer wenn, dann, sonst Formel. Das ist der Grund. Die Antwort konkret ist „nein“. Die Vorlage lässt sich nicht mit der Steuerfussdebatte direkt verknüpfen.

Silvia Briefer: Der Bus ist schon eine alte Angelegenheit. Genau vor einem Jahr ist die Bewilligung mit vier Stimmen Unterschied nicht im Budget aufgenommen worden. Wir haben dafür gekämpft, dass es wieder aufgenommen wird. Jetzt macht uns die Gemeinde einen solch tollen Vorschlag, d. h. der Bus wird weitergeführt. Wir können es probieren. Das Geld wird zur Verfügung gestellt. Ich finde einfach, da sollten wir jetzt auch wieder solidarisch zugreifen und in den sauren Apfel beissen. Vielleicht rentiert es ja für einmal. Die Leute müssen den Bus nutzen können. Wir haben auch noch einen Friedhof, eine Kirche und eine Bibliothek. Die Kinder müssen in die Bibliothek kommen, wir wollen in die Gartenstadt einkaufen gehen, man lässt das Geld in Münchenstein. Schaut und denkt einmal an ein Anliegen, das die Bevölkerung in Münchenstein möchte. Es darf auch einmal etwas kosten.

Irene Kaufmann: Ich habe eine Tochter, die jetzt gerade in der 5. Primarschule (Löffelmatt) ist. Für meine Tochter stellt sich die Frage, ob sie jetzt für das 6. Schuljahr im Löffelmatt bleiben darf oder ob sie das Schulhaus (Lange Heid oder Loog) wechseln muss. Wie kommt meine Tochter vom Löffelmatt zum Loog oder zur Lange Heid? Es wird erwartet, dass sie das Velo nimmt. Wir wohnen zwar Richtung Arlesheim, bei der die Busverbindung nicht so ideal ist, weil sie sowieso den Weg Löffelmatt Schulhaus hat und dort könnte sie am Zelgweg auf den Bus umsteigen. Ich finde auch, dass es für die Jugend wichtig ist, dass der Bus eingeführt wird und bestehen bleibt.

Thomas Wälchli: Bewilligen wir die Fr. 745'000.—, dann muss der Gemeinderat nicht unbedingt die Betriebszeiten reduzieren, sondern kann auch die Versuchsdauer von 2½ Jahren auf 1½ Jahre reduzieren.

Daniel Altermatt: Ich habe die unangenehme Eigenschaft ab und zu Daten hervorzuholen. Das ist die viel zitierte Untersuchung der Firma Rapp. Wir müssen ja keinen Versuchsbetrieb machen, wir hatten diesen schon vier Jahre lang. D. Altermatt präsentiert die Transportzahlen. Sie sehen es sind durchschnittlich drei bis vier Personen. Es hat einen Wahnsinns Piek, wo die Schüler kommen, da sind wir fast auf fünf Personen. Betreffend der Rendite kostet der Betrieb pro Jahr ca. Fr. 400'000.—. Wir bekommen vom Tarifverbund Nordwestschweiz pro Fahrt ca. Fr. 1.—, d. h. es bräuchte 400'000 Fahrten pro Jahr, damit der Bus rentiert. Pro Fahrt sind es ca. 20 Personen. Bei einem Bus mit 12 Plätzen dürfte es etwas eng werden. Betrachten sie die Zahlen, die der Gemeinderat angegeben hat, welche übrigens die gleiche Firma (Rapp Trans) herausgefunden hat, dann fahren effektiv nur etwa drei bis vier Personen mit dem Bus. Der berechnete Ertrag von Fr. 140'000.— basiert auf einer durchschnittlichen Belegung von ca. acht Personen. Das ist also sehr grosszügig gerechnet. Also gehen sie davon aus, dass es nie rentieren wird. Wir werden wahrscheinlich die Fr. 400'000.— pro Jahr effektiv drauflegen. Damit

muss man rechnen. Wer braucht den Bus überhaupt? Bei denjenigen, die am Berg oben wohnen, bei denen man erwarten würde, dass sie den Bus effektiv nutzen, liegt der Durchschnitt bei einer Person. Das ist natürlich während dem der Bus den Berg hinaufgefahren ist. Die Untersuchung konnte nur stattfinden, als der Bus effektiv gefahren ist. Das ist die Untersuchung der Firma Rapp im Zusammenhang mit der Frage, ob die Gemeinde diesen Bus, den der Kanton nicht mehr finanzieren will, übernehmen soll. Also nochmals zur Geschichte. Der Bus 58 wurde, solange er noch eine Querverbindung war (Bahnhof Münchenstein zum Bruderholz zum Schlossmatt), vom Kanton betrieben. Das war im Auftrag vom Kanton im Rahmen vom Leistungsauftrag, den die BLT vom Kanton für vier Jahre bekommt. Dieser Leistungsauftrag ist letztes Jahr ausgelaufen. Dann hat der Kanton beschlossen, dass es nicht mehr rentabel ist, dass es zu wenig besetzt ist und der Bus gestrichen wird. Die Gemeinde stand dann vor der Frage, ob sie einen Ortsbus einrichten möchte (ja oder nein) oder ob sie den Bus selber weiterbetreiben möchte. Im Moment wo der Bus nur noch innerhalb der Gemeinde fährt, ist es ausser Diskussion, dass sich der Kanton daran beteiligt. Dass muss man sich im Klaren sein. Wir reden wirklich auf unbestimmte Zeit nur über einen Ortsbus, finanziert durch die Gemeinde Münchenstein. Wir können uns dies natürlich leisten, wenn wir das wollen, aber wir müssen einfach wissen, dass sehr wenig Leute damit fahren. Wir müssen davon ausgehen, dass die jährlichen Kosten irgendwo im Bereich der Fr. 400'000.— liegen.

Sergio Viva: Auch ich bin dafür, dass man den Test durchführt. Was mir ein wenig fehlt beim Vorschlag des Gemeinderates ist, ab wann, d. h. nach 2½ Jahren Auslastung, ist die Gemeinde bereit, dies weiterzuführen. Eigentlich muss man eine verbindliche Aussage zu dem machen. Wenn wir z. B. nur eine Auslastung von 5 % bis 7 % haben und Kosten von Fr. 350'000.— bis Fr. 400'000.—, macht es wirklich keinen Sinn. Ich wäre schon sehr froh gewesen, wenn die Gemeinde hier eine verbindlichere Aussage gemacht hätte. Den Test über 2½ Jahren finde ich richtig.

Silvia Brieger: Man kann nicht immer voraussagen, wie etwas funktioniert. Man hat es bei Claude Longchamp gesehen. Dieser lag in jeglicher Beziehung falsch. Den Statistiken traue ich sowieso nicht. Man muss etwas ausprobieren. Wir hatten den Bus nur ein Jahr. Es hiess von Anfang an, dass er in zwei Jahren nicht mehr fährt. Bei uns fuhr er ein Jahr. Man kann ja nicht die Autos etc. verkaufen, wenn man nicht weiss, ob der Bus für immer fährt. Man muss ja auch sicher sein können. Ich bin überzeugt, dass wenn der Bus wieder kommt, wir (im Dorf, am Berg, beim Friedhof, in der Gartenstadt, bei der Bibliothek, in der Birshof Klinik sowie die Wanderer) damit fahren. Wir müssen jetzt einfach schauen, dass wir nicht immer nur rechnen, sondern es einmal machen.

... informiert betreffend der Fahrzeit des Busses. Der Bus ist sehr spät gefahren, weil er nicht den Berg hinauffahren konnte. Im Winter fuhr er nicht den Berg hinauf, wenn die Strasse rutschig war. Mit der Statistik ist es problematisch. Meine Tochter war eine Person, die den Bus benötigt hat. Sie ist gehbehindert und ich werde wirklich ziemlich wütend, wenn mir gewisse Leute sagen, es kostet, wenn sie unabhängig sein soll. Aber gewisse Parteien sagen, das sind Scheininvaliden, die sollen arbeiten gehen. Aber sie sollen gefälligst ein Taxi zahlen, um zu fahren. Ich finde dies sehr unehrlich.

Adil Koller: Ich möchte kurz darauf eingehen, was D. Altermatt gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, der Bus würde nie rentabel sein. Das ist noch lustig, weil der ÖV nicht dazu gemacht ist, rentabel zu sein. Wenn man die Zahlen von der Buslinie 63 oder dem Tram 10 betrachtet, sind diese auch nicht rentabel. Das bezahlen wir alle mit unseren Steuern und das ist auch richtig so. Das ist der Unterschied zwischen der glp und der SP. Vorher wurde gesagt, dass der Bus bereits gefahren ist und niemand habe ihn benutzt. Er ist eben zu kurz gefahren. Wenn man die Einführung von ÖV-Linien anschaut, ist es immer so, dass man diese eine Zeit lang fahren lässt und anschliessend schaut, wie die Auslastung ist. Wenn man es nur für ein Jahr macht, ist dies zu kurz. Darum ist es intelligent, was der Gemeinderat gesagt hat, dass man es 2½ Jahre ausprobiert. Darum ist es eben auch nicht intelligent, wenn man dann den Antrag stellt, dass er kürzer fährt, wie dies T. Wälchli vorgeschlagen hat. Was schlussendlich gemacht wird, ist dass wir alle nach 2½ Jahren darüber entscheiden, ob wir die Buslinie wollen oder nicht. Vorhin wurde bemerkt, dass dies noch ein Kriterium erfüllen muss. Wir alle entscheiden dann, ob wir den Bus weiterbetreiben wollen oder nicht. Das muss man nicht an ein Automatismus knüpfen, damit es automatisch abgeschafft wird oder nicht. Wir alle entscheiden in 2½ Jahren und das ist auch richtig so.

Dominic Degen: Einfach nochmal zu dem Wort, das A. Koller ein paar Mal gesagt hat. Es ist nicht intelligent. Ich finde es ist ein sehr gutes Stichwort für diesen Bus. Es ist nicht intelligent, dass wir

nochmal 2½ Jahren lang aus der Gemeindekasse ca. über Fr. 1 Mio. für einen Testbetrieb investieren, den der Kanton bereits einmal finanziert hat. Ja, der Bus fuhr nur ein Jahr lang den Berg hinauf. Aber die Querverbindung vom Bahnhof hinüber gab es zwei Jahre lange. Es wurde auch vom Kanton ganz klar kommuniziert, dass dies ein Testbetrieb ist. Ich sage ihnen, in gut 2½ Jahren werden wir nochmals hier stehen und am genau gleichen Punkt sein und wieder tiefe Benutzungszahlen haben. Wir werden dann aber gleichzeitig über Fr. 1 Mio. ärmer sein. Überlegen sie sich das einfach.

Thomas Wälchli: Aufgrund des Zeitmanagements schlage ich vor, dass wir abstimmen. Die unterlegene Partei kann ja dann das Referendum ergreifen.

Gemeindepräsident G. Lüthi möchte wissen, ob T. Wälchli einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion stellt.

Thomas Wälchli bestätigt dies.

://: Die Diskussion wird geschlossen.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Ich komme auf den Vorschlag zurück. Wir haben eigentlich eine Abstimmungsempfehlung von H. Schenker, der sagt, dass er im Namen des Komitee PRO Münchenstein den Gegenvorschlag des Gemeinderates unterstützt und nicht den seinerzeit eingereichten Antrag und wir haben einen Änderungsantrag von A. Schenker, der den Verpflichtungskredit von Fr. 1.152 Mio. auf Fr. 745'000.— reduzieren möchte.

://: Der Antrag von A. Schenker den Verpflichtungskredit auf Fr. 745'000.— zu reduzieren wird mit wenig Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein zur Wiederaufnahme der Buslinie 58 wird zurückgezogen.

Der Gegenvorschlag des Gemeinderates (Buslinie Schlossmatt – Birshof Klinik im Halbstundentakt) zum Antrag gemäss § 68 Gemeindegesetz von Paul Messmer und Hans Schenker im Namen des Komitee PRO Münchenstein zur Wiederaufnahme der Buslinie 58 wird mit 237 gegen 89 Stimmen angenommen.

Für den Testbetrieb der Buslinie 58 als Ortsbuslinie Münchenstein vom 1. Juni 2015 bis am 31. Dezember 2017 wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'153'995.— inkl. MwSt. beschlossen.

Traktandum 6

Leistungsvereinbarung betreffend Sicherstellung der spitalexternen Haus- und Krankenpflege zwischen den Gemeinden Münchenstein und Arlesheim und der Spitex Birseck

Vizepräsidentin H. Frei erläutert die Vorlage mittels PowerPoint-Präsentation. Gemäss § 79 Gesundheitsgesetz sind die Koordination und das Angebot der Spitex durch die Gemeinden sicherzustellen. Dies beinhaltet die folgenden Leistungen: Pflegerische Leistungen (gem. Krankenversicherungsgesetz), Hauswirtschaftsleistungen, Betreuungsangebot, Mahlzeitendienst, Tages- und Nachtangebot. Vor der Fusion der Spitex Arlesheim und der Spitex Münchenstein gab es zwei verschiedene Leistungsvereinbarungen. Bereits bei der Fusion im Frühling 2012 war klar, dass man eine gemeinsame Leistungsvereinbarung möchte. Das ist aber ein längerer Prozess und man wollte auch auf Erfahrungen zurückgreifen. Darum hat man zuallererst eine Übergangsvereinbarung gemacht. Jetzt ist es aber so weit. Die Gemeinden Arlesheim und Münchenstein sowie die Spitex Birseck haben die vorliegende Leistungsvereinbarung zusammen ausgearbeitet. Bevor ich ihnen etwas zu den Details sage, hier noch zwei verfahrensrechtliche Rahmenbedingungen. Nach Auffassung des Gemeinderates stellt die Leistungsvereinbarung einen Vertrag mit reglements wesentlichen Inhalt dar und fällt daher in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung. Darum sind wir heute Abend hier. Diese Rechtsauffassung wird auch von der Kantonalen Finanz- und Kirchendirektion geteilt. Bei der vorliegenden Leistungsvereinbarung handelt es sich um einen Vertrag, auf den sich drei Vertragsparteien (Gemeinde Arlesheim, Gemeinde Münchenstein, Spitex Birseck) geeinigt haben. Demzufolge kann die Gemeindeversammlung nach geltendem Gemeinderecht keine inhaltlichen Änderungen vornehmen, sondern nur die gesamte Vereinbarung genehmigen oder ablehnen. Die Gemeindeversammlung Arlesheim hat am 27. November 2014 der

Leistungsvereinbarung einstimmig zugestimmt. Das Angebot der Spitex hat zum Ziel, das pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen möglichst lange und selbständig zu Hause leben können. Die Spitex leistet Unterstützung im Bereich von der ambulanten Pflege, Hauswirtschaft für kranke, behinderte und hilfsbedürftige Menschen in jedem Alter zu Hause. Das gilt auch für Familien, die nach der Geburt eines Kindes entlastet werden müssen. Wenn immer möglich und von den Beteiligten gewünscht, werden auch die Angehörigen in der Pflege und Betreuung miteinbezogen. Zudem bietet die Spitex pflegenden Angehörigen Unterstützung und Beistand an. Anspruch auf die Spitex Leistungen haben alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden Münchenstein und Arlesheim, bei welchen ein nachweisbarer Bedarf festgestellt wurde. Das Angebot umfasst die häusliche Grund- und Behandlungspflege, Beratung und Unterstützung im Haushalt sowie die Lieferungen der Mahlzeiten. Mittels Bedarfsabklärung wird festgestellt, welche Hilfe in welchem Fall angezeigt ist. Alle Dienstleistungen werden von Personen mit entsprechender Qualifikation und Erfahrung erbracht. Wichtig ist auch die Prävention. Wollen wir doch, dass Patienten und Patientinnen möglichst lange selbständig zu Hause leben können. Zusätzlich zum Leistungsumfang gemäss Gesundheitsgesetz beinhaltet die vorliegende Leistungsvereinbarung auch eine Beratungs- und Informationsstelle für Auskünfte in Zusammenhang mit der ambulanten Kranken- und Hauspflege. Gemäss Gesundheitsgesetz haben die Gemeinden für Väter und Mütter eine niederschwellige Beratung für Fragen von der Entwicklung von kleinen Kindern anzubieten. Allgemein auch bei uns bekannt als Mütter- und Väterberatung. Einerseits weil Arlesheim die Mütter- und Väterberatung schon vor der Fusion bei der Spitex angegliedert hatte und andererseits weil es durchaus Sinn macht, diese Dienstleistung unter das Dach der Spitex zu stellen, ist auch in Münchenstein die Mütter- und Väterberatung im Aufgabenbereich der Spitex Birseck. Die Finanzierung, Zahlungsmodalitäten und Sicherstellung der Liquidität sind in der Leistungsvereinbarung detailliert geregelt und entsprechen den Vorgaben des Gesundheitsgesetzes. Die Gemeinden sind verpflichtet, die entstehenden Kosten nach Abzug von den Beiträgen Dritter und zu einem angemessenen Anteil von Leistungsbezügern zu tragen. Die Kosten werden in die Komponenten Leistung und Bereitschaft aufgeteilt. Die Bereitschaftskosten werden im Verhältnis von der Einwohnerzahl auf die beiden Gemeinden aufgeteilt und die Leistungskosten werden den jeweiligen Gemeinden verursachergerecht weiter verrechnet. Dadurch bleibt die Finanzierung der Infrastruktur und der Grundbereitschaft unabhängig von den tatsächlich genutzten Leistungsstunden sichergestellt. Das Reporting umfasst die Leistung, Qualität und Wirtschaftlichkeit. Die Gemeinden haben das Einsichtsrecht in die Buchhaltung. Die Prüfung der Jahresrechnung und die Buchhaltung werden durch fachlich anerkannte Revisoren durchgeführt. Die Kontrollorgane der Gemeinde (Rechnungsprüfungskommission und Geschäftsprüfungskommission) sind berechtigt nach den geltenden Regeln Einsicht in die Geschäfte und die Buchhaltung zu nehmen. Das ist in kurzen Worten die Leistungsvereinbarung. Ich bitte sie nun, dem Antrag zuzustimmen. Selbstverständlich untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum, nicht wie im Ratschlag angegeben.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Die Gemeindekommission hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

://: Die Leistungsvereinbarung betreffend Sicherstellung der spitalexternen Haus- und Krankenpflege zwischen den Gemeinden Münchenstein und Arlesheim und der Spitex Birseck wird mit wenigen Gegenstimmen deutlich angenommen.

Traktandum 7

Revision des Steuerreglements der Einwohnergemeinde Münchenstein vom 17. Juni 2002

Gemeindepräsident G. Lüthi erläutert die Vorlage mittels PowerPoint-Präsentation. Das Steuerreglement muss revidiert werden, wegen der Präzisierung und Anpassungen. Diese müssen nachgeführt werden, weil das übergeordnete Recht geändert hat. So sind nun andere Ausdrücke vorhanden. Es betrifft insbesondere die §§ 1, 2, 3 und 4. Dort sind nichts anderes als Präzisierungen und sogenannte Rechtsverweise (Verweise auf ein anderes Reglement) enthalten. Ebenfalls im § 6 Fälligkeit, Steuerbezug, Vergütungszins, Verzugszins fällt der sogenannte Begriff „Grundstücksteuer“ weg. Das hat nichts mehr mit der Gemeinde zu tun und die Höhe des Vergütungs- und Verzugszinssatzes möchten wir vereinfachen und genau die

gleichen wie beim Kanton übernehmen. Nicht das dies die Gemeinde selber regelt. Relevant ist § 7. Dieser ist neu. Bitte erschrecken sie nicht. Man führt Gebühren ein. Warum Gebühren? Wir haben pro Jahr ca. Fr. 150'000.— bis Fr. 250'000.— Steuerabschreibungen, die nicht bezahlt werden. Warum haben wir das? Weil wir heute keine Möglichkeit haben, z. B. mit dem Schuldner zu reden und zu vereinbaren, dass man ein Abkommen macht, dass dieser pro Monat einen bestimmten Betrag innerhalb von einem bzw. maximal zwei Jahren zurück bezahlt. Wenn man das macht, hat man die Möglichkeit, dass man eben nicht sämtliche Steuern abschreiben muss. Um dies machen zu können, benötigen wir Gebühren. So ein Zahlungsabkommen kostet maximal Fr. 20.—. Wenn jemand aber vergisst zu bezahlen, dann kostet eine Mahnung Fr. 50.—. Bei der 1. Mahnung bekommen sie einen lieben Brief, der noch nichts kostet, sie aber darauf hinweist, dass sie bezahlen müssen. Bei der 2. Mahnung kostet es sie Fr. 50.—. Das Ganze wurde dem Kanton bereits vorgelegt und dieser hat es bereits als gut empfohlen. Das ist auch mit der Grund, warum ich ihnen empfehlen kann, dem Antrag des Gemeinderates bzw. dem Steuerreglement so wie es vorliegt, zuzustimmen.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Auch hier hat die Gemeindekommission dem Antrag einstimmig zugestimmt.

://: Eintreten wird nicht bestritten.

://: Das Steuerreglement der Einwohnergemeinde Münchenstein vom 8. Dezember 2014 wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 8

Verpflichtungskredit betreffend Sanierung und Ausbau der Känelmattstrasse

Gemeinderat F. Bossel erläutert die Vorlage mittels PowerPoint-Präsentation. Das ist ein Geschäft, das bereits zweimal an der Gemeindeversammlung Thema war. Darum möchte ich kurz rekapitulieren, um was es geht. Das Thema von diesem Geschäft ist die Rahmenbedingung vom Standort der Müller AG. Man möchte hier etwas investieren, damit die Rahmenbedingungen besser werden. Das hat Auswirkungen auf die Gemeinde Münchenstein. Das bedeutet, dass man dieser Sache einen Interessensausgleich schaffen sollte, so wie man dies immer macht, wenn man zusammen arbeitet, damit daraus am Schluss ein Nutzen für alle Beteiligte resultiert. F. Bossel erläutert mittels Landkarte die geographische Lage des Firmenareals der Müller AG und der Känelmattstrasse sowie des Stationsweges. Der Stationsweg teilt das Firmenareal der Müller AG in zwei Teile. Das ist etwas, das der Müller AG bei der Ausführung ihrer Arbeiten Schwierigkeiten bereitet. Das Be- und Entladen von Fahrzeugen kann nicht gemäss den SUVA-Richtlinien durchgeführt werden. Dadurch können die Sicherheitsanforderungen von Kunden nach einem geschlossenen Firmenareal nicht eingehalten werden. Das ist der Moment, wo die Känelmattstrasse ins Spiel kommt und insbesondere das Besitzverhältnis der beiden Strassen. Der Stationsweg gehört Münchenstein und die Känelmattstrasse der Müller AG. Tauscht man die beiden Strassen ab, wäre das Problem der Müller AG gelöst, wenn man den Stationsweg schliesst. Mit der Aufhebung vom Stationsweg wäre das Problem der Rahmenbedingung, die die Müller AG für ihren Standort benötigt, gelöst. Aber Münchenstein hätte das Problem, dass sie den Zugang zum Bahnhof auf die Känelmattstrasse verlegen muss und das die kantonale Wanderroute verlegt werden muss, d. h. in der Känelmattstrasse müssen angemessene Bedingungen für den Langsamverkehr geschaffen werden. Hier kommt das Strassenreglement (§ 10) zum Zuge. § 10 behandelt die Übernahme von Strassen in das Eigentum der Gemeinde. Dieser besagt zwei Dinge. Die Gemeinde übernimmt grundsätzlich nur nach aktuellen Normen ausgebaute Strassen in das Grundeigentum. Die Finanzierung des Ausbaus ist Sache des Grundeigentümers. F. Bossel erläutert das Projekt. Der Fussweg führt aus dem Dorf durch die Känelmattstrasse zum Bahnhof. Wichtig ist zu wissen, dass die Känelmattstrasse eine Industrieerschliessung ist und auch eine bleibt, d. h. es wird Lastwagen haben, die dort durchfahren. Darum passt man die Einmündung im Bahnhof dementsprechend an. Hinzukommt dass auf der Fahrbahn parkiert wird. All diese Dinge zusammen machen deutlich, dass eine Abgrenzung vom Gehbereich zur Fahrbahn sicherheitstechnisch notwendig ist. Wie ist diese angedacht? 2 m für die Fussgänger und 5 m für den Verkehr. Mit den 2 m Fussweg sind wir bei allen Normen dabei, was die bfu, Behindertenverbände und der Kanton vorschreiben. Weshalb eine Sondervorlage? Der beantragte Kredit ist kleiner als Fr. 1 Mio. Man hätte also auch aus diesem Projekt einen regulären Budgetposten machen können. Aber weil ein Strassenabtausch bzw. eine Strassenaufhebung ein Politikum darstellt, hat der Gemeinderat sich dafür entschieden,

auf die Planung und Sicherheit Wert zu legen und deshalb ein zweistufiges Verfahren durchzuführen. Als erstes hat er die Gemeindeversammlungsvorlage (März 2013) ausgearbeitet. In der Vorlage waren zwei Anträge. Im Antrag eins hat man via Mutation vom Strassennetzplan die Aufhebung des Stationswegs beschlossen. Der Antragsgegenstand war das Einverständnis der Einwohnerinnen und Einwohner, dass der Stationsweg für die Öffentlichkeit geschlossen wird. Im Antrag zwei hat man via Änderung vom Bau- und Strassenlinienplan der Känelmattstrasse einen Strassenabtausch beschlossen. Damit hat man auch über den Antragsgegenstand, wie die Känelmattstrasse am Schluss aussehen soll, abgestimmt. Die Gemeindeversammlung hat beide Anträge gutgeheissen. In der Folge hat die Bauverwaltung Münchenstein ein Bauprojekt basierend auf den Grundlagen, die in der Gemeindeversammlung beschlossen wurden, ausgearbeitet. Der Regierungsrat hat das Bauprojekt im September 2013 genehmigt und insbesondere den Ausbau der Känelmattstrasse als Bedingung für die Schliessung des Stationsweges bestätigt. Als zweites hat man der Gemeindeversammlung im März 2014 eine Sondervorlage unterbreitet. Man hat einen Verpflichtungskredit beantragt, mit dem man den Gemeindeversammlungsbeschluss vom März 2013 umsetzen wollte. Antragsgegenstand war ein Ausgabenbetrag. Das ist das, was S. Friedli bereits erklärt hat. Der Ausgabenbetrag war im März 2014 bestritten, weil man die zugrundeliegende Kostenschätzung bezweifelt hat. Schlussendlich wurde das Geschäft zurückgewiesen. Dies bringt uns zu den Änderungsanträgen, die bei Sondervorlagen möglich sind. Was ist der Gegenstand einer Sondervorlage? Der Gegenstand einer Sondervorlage ist ein Ausgabenbetrag, d. h. die Anträge müssen sich auf diesen Betrag beziehen. Man kann den Betrag erhöhen oder reduzieren. Was man aber nicht kann, sind Änderungsanträge zu den Details von dem Vorhaben zu beschliessen. Dass man das nicht kann, hat nichts damit zu tun, dass der Gemeinderat irgendetwas verhindern möchte. Das ist einfache eine Folge aus dem zweistufigen Verfahren, die der Gemeinderat gewählt hat. Das hätte zu mehr Planungssicherheit in diesem Projekt verhelfen sollen. Im Schritt eins der Gemeindeversammlung im März 2013 hat man über die Vorhabendetails abgestimmt und im Schritt zwei spricht man den Kredit zur Umsetzung. Das war Gegenstand in der Gemeindeversammlung vom März 2014 und heute nochmal aufgrund von der Rückweisung im März 2014. Kommen wir zur heutigen Vorlage, die zu beschliessen ist. Die Vorlage ist inhaltlich identisch zum Projekt aus der Fassung vom März 2014. Hier haben wir es aber mit einem verifizierten Kostenrahmen zu tun. Die Projektkosten sind verbindlich. Das hatte mit dem grossen Kritikpunkt an der Vorlage zu tun. Es gab eine grössere Diskrepanz bei der Kostenschätzung zwischen der Vorlage im März 2014 und der Vorlage im März 2013. Was hat der Gemeinderat in der Folge unternommen? Er hat die Kosten verifiziert. Er hat dies auf Basis einer Submission gemacht und die Arbeiten ausgeschrieben. Die Offerten sind zurückgekommen und es hat sich herausgestellt, dass sich die pauschale Kostenschätzung, die die Bauverwaltung Münchenstein für die März Vorlage gemacht hat, im Wesentlichen den tatsächlich Kosten entsprechen hat und dass die Kostenschätzung vom Ingenieurbüro Märki für die Vorlage März 2014 aus heutiger Sicht als zu vorsichtig zu beurteilen ist. Jetzt stehen wir darum mit Zahlen hier, die die Fr. 100'000.—, die wir damals im 2013 für weitere Aufwertungen für den Langsamverkehr im Quartier Gstad versprochen haben, wieder zur Verfügung stellen. Was bekommen wir, wenn wir dieser Vorlage zustimmen würden? Wir setzten die Rahmenbedingung, damit der Standort der Müller AG gesichert werden kann. Wir bekommen einen adäquaten Ersatz für die Langsamverkehrsverbindung Richtung Bahnhof, der den entsprechenden Normen entspricht und wir haben weitere Fr. 100'000.—, die wir im Quartier Gstad für den Langsamverkehr investieren können. Dazu kommen in einem späteren Rahmen auch die Projekte, die im Agglomerationsprogramm enthalten sind wie z. B. die Schlössligasse. Ich denke wir haben es hier mit einer Vorlage zu tun, die unter dem Strich für alle Beteiligten einen Nutzen bringt. Ich bitte sie darum, den folgenden drei Anträgen zuzustimmen.

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission: Was für uns auch sehr wichtig war, dass der Abtausch vom Stationsweg und der Känelmattstrasse schlussendlich eine Sicherung vom Standort Müller AG bedeutet. Aus dem Grunde hat auch die Gemeindekommission mit 12 Stimmen und 1 Gegenstimme dem Antrag zugestimmt.

Peter Tobler: Ich war der Böse, der den Rückweisungsantrag gestellt hat. Darum habe ich mich auch wieder freiwillig gemeldet. Ich will den Antrag aber nicht mehr zurückweisen. Es ist noch interessant, wenn man alles wieder liest, was man beschlossen hat. Man erinnert sich noch genau, wer im März 2013 zum Strassennetzplan ja gesagt hat. Grundsätzlich befürworte ich das. Wir haben einfach zwei Sachen, die ich gleichwohl zur Diskussion stellen bzw. den Antrag stellen möchte. Es hat zwei „nice to have“ Positionen (Bäume, Bepflanzungen: Fr. 14'000.— / Einengung Bahnhofstrasse/Känelmattstrasse: Fr. 15'000.—). Wir geben überall etwas aus, daher könnten wir hier auch etwas einsparen.

Gemeindepräsident G. Lüthi fragt bei P. Tobler nach, ob er einen Änderungsantrag stellt, den Verpflichtungskredit von Fr. 300'000.— auf Fr. 271'000.— zu reduzieren.

Peter Tobler bestätigt dies.

Arnold Amacher: Ich möchte gerne erfahren, wie der Übergang von der Känelmattstrasse zum Bahnhof, Ecke Schössligasse am Kaffee Birseck vorbei zum Bahnhof geregelt wird. Dort hat es ziemlich viel Verkehr. Wie wird der Übergang geregelt? Auf der Seite vom Kaffee Birseck hat es viele parkierte Autos, kein Trottoir auf der Seite des Bahnhofes bzw. man müsste dort nochmals über die Strasse. Ich möchte gerne wissen, wie diese Situation gelöst wird.

Gemeinderat F. Bosse beantwortet diese Frage mit Hilfe des Projektsituationsplanes. Es ist eine Einengung. Die Querungsdistanz bei der Kreuzung wird eingekürzt. Es ist eine 30er-Zone und die Sichtweiten sind nicht so schlecht, um die Strasse zu überqueren.

Conrad Knauer: Heisst dies konkret einmal mehr für die Fussgänger, dass sie einmal mehr Opfer von der unseligen Regelung werden, wenn es auf der einen Seite kein Trottoir hat oder es in der 30er-Zone ist, dass die Gemeinde keinen Fussgängerstreifen auf die Strasse mahlen darf? Hat der Gemeinderat Kenntnis davon, dass man dies auch umgehen könnte? Ich bitte sehr darum, dass dort ein Fussgängerstreifen platziert wird und dass die Gemeinde Münchenstein es einmal darauf ankommen liesse, wie es ist, wenn man das Bundesgesetz nicht zu 100 %, sondern zu 99.9 % erfüllt.

Gemeindepräsident G. Lüthi informiert, dass dies als Anregung entgegengenommen wird.

Conrad Knauer ist damit einverstanden.

://: Der Antrag von P. Tobler den Verpflichtungskredit auf Fr. 271'000.— zu reduzieren wird mit wenig Stimmen abgelehnt.

://: Dem Verpflichtungskredit für das Projekt Ausbau Känelmattstrasse in der Höhe von Fr. 300'000.— inkl. Mehrwertsteuer wird mit wenigen Gegenstimmen deutlich zugestimmt.

Dem Verpflichtungskredit für das Projekt Wasserleitungsersatz Känelmattstrasse in der Höhe von Fr. 130'000.— inkl. Mehrwertsteuer wird mit wenigen Gegenstimmen deutlich zugestimmt.

Dem Verpflichtungskredit für das Projekt Wasserleitungsersatz Stationsweg in der Höhe von Fr. 115'000.— inkl. Mehrwertsteuer wird mit wenigen Gegenstimmen deutlich zugestimmt.

Traktandum 9

Verschiedenes

Mündliche Information: Entgegennahme des Antrags gemäss § 68 GemG von Christian Vogel betreffend Einstellung Betrieb der Schiessanlage Au

Gemeindepräsident G. Lüthi: An der letzten Gemeindeversammlung habe ich gesagt, dass C. Vogel einen Antrag gemäss § 68 zur Einstellung des Betriebs der Schiessanlage Au gestellt hat. Ich informiere Sie darüber, dass der Gemeinderat den Antrag entgegengenommen hat, eine Vorlage auf die Gemeindeversammlung im März 2016 ausarbeiten wird und ihnen als Souverän vorlegen wird.

://: Von der Entgegennahme und mündlichen Information zum Antrags gemäss § 68 Gemeindegesetz von Christian Vogel betreffend der Einstellung des Betriebs der Schiessanlage Au wird Kenntnis genommen.

Mündliche Information: Beantwortung der Anfrage nach § 69 GemG von Isabelle Viva betreffend Anschaffung von Gemeindetageskarten

Gemeindepräsident G. Lüthi: Im Ratschlag war auch die Aufführung der Anfrage nach § 69 von I. Viva. Das ist hinfällig, weil wir darüber abgestimmt haben, dass es keine Gemeindetageskarten gibt.

://: Von der Beantwortung der Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz von Isabelle Viva betreffend der Anschaffung von Gemeindetageskarten wird Kenntnis genommen.

Neuer Kommandant bei der Feuerwehr Münchenstein per 1. Januar 2015

Gemeindepräsident G. Lüthi: Heute Abend haben wir bei der Feuerwehr einen neuen Kommandanten per 1. Januar 2015 eingesetzt. Leutnant Fabian Waldvogel wurde zum Hauptmann befördert. Er wird dann das Kommando von der Feuerwehr übernehmen. Nguyen van Hiep, der bisher Oberleutnant war, wird ihm assistieren. Er ist zeitweise ausgetreten, tritt aber wieder in der Funktion vom Oberleutnant und stellvertretender Kommandant ein. Die Beförderung hat heute Abend stattgefunden.

Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission

Jeanne Locher, Präsidentin der Gemeindekommission hat nur eine Information. Per 31. Dezember 2014 tritt Hans-Peter Stebler aus der Rechnungsprüfungskommission aus. Wir danken ihm ganz herzlich für die hervorragende Arbeit, die er immer geleistet hat. Vor einer Woche hat die Gemeindekommission ein Ersatzmitglied gewählt. Wir hatten zwei Kandidaten. Gewählt wurde Raffaello Masciadri. Die Rechnungsprüfungskommission besteht nun aus Fritz Hänni, Désirée Auderset, Roland Auderset, David Meier und Raffaello Masciadri.

Gemeindepräsident G. Lüthi: Der Gemeinderat schliesst sich dem Dank an den scheidenden Rechnungsprüfungskommissionspräsidenten Hans-Peter Stebler ganz herzlich an. Es war immer eine gute Zusammenarbeit, auch wenn man manchmal nicht die gleichen Ansichten hatte.

Antrag gemäss § 68 GemG von Andreas Knörzer i. S. Verkehrsberuhigung und Lärmreduktion Loogstrasse

Andreas Knörzer hat folgenden Antrag:

„Verkehrsberuhigung und Lärmreduktion Loogstrasse

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der geplanten Sanierung „Deckbelag Loogstrasse“ (Investitionsrechnung 6150 Gemeindestrassen, Konten 5010.4 und 6300.1) eine kosteneffiziente Lösung zur Verengung der Fahrbahn für den motorisierten Verkehr auf 6 Meter zu erarbeiten.

Ziele dieser Massnahmen gemäss Antragsteller sind:

- „Natürliche“ Reduktion der Geschwindigkeit (ohne generelle Anpassung des Temporegimes) und damit Erhöhung der Sicherheit.
- Teilweise Verlagerung des durchfahrenden Schwerverkehrs auf die Achse Lange Heid-Tunnel – MFK-Kreisel
- Anpassung des Verkehrs (besonders Sicherheit) an die langfristig geplanten Schulbauten beim Kuspo
- Gleichbehandlung Heiligholzstrasse und Loogstrasse wie in der Antwort des Gemeinderates von 2008 angekündigt.

Bemerkungen des Antragstellers:

- Eine Anpassung der Strassensituation ist zum Zeitpunkt von sowieso geplanten baulichen Massnahmen am sinnvollsten.
- Es ist bekannt, dass die Gemeinde bereits Abklärungen getroffen bzw. Varianten erarbeitet hat. Es ist stark anzunehmen, dass es Lösungen gibt, die kostenmässig unterhalb der vom Gemeinderat verworfenen Varianten liegen, die den Zielen der Massnahme entsprechen werden.“

Andreas Knörzer: Der Hintergrund ist, dass das was als Fr. 300'000.— Bruttoinvestition enthalten ist, letztlich das Ergebnis ist von ca. sechs Jahren Kampf der Leute an der Loogstrasse/Bottmingerstrasse zum Thema Verkehr. Ich stelle dies dem Publikum vor, weil ich der Meinung bin, dass wenn man einen Deckbelag macht, dies für 10 bis 15 Jahre geplant ist. Das ist nicht einfach eine laufende Ausgabe. Es ist eine langfristige Investition. Wenn man so etwas macht, sollte man dies mit der Optik machen, dass dabei auch etwas für die Anwohnenden herauspringt. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat bereits Vorarbeiten geleistet hat und es daher für eine Beantwortung vielleicht nicht sechs Monate benötigt, sondern drei, um nicht allzu viel Zeit zu verlieren.

Unterstützung des Hilfsprojektes „100 winterfeste Baracken für die Flüchtlinge aus Kobane“

Hanni Huggel: Im Sinne einer Weihnachtsaktion möchte ich dem Gemeinderat eine kleine Bittschrift überreichen. Wenn wir jetzt unsere Probleme, die wir heute behandelt haben,

anschauen, sind es relativ kleine Probleme. Schauen wir Fernsehen und sehen wie die ganzen Flüchtlingsströme laufen, sind dies grosse Probleme. Die kurdische Gesellschaft in Basel hat ein Projekt gestartet, in der sie die Kantone bittet, winterfeste Baracken für Flüchtlinge aus Kobane zu stiften. Basel-Stadt, Basel-Landschaft und diverse Gemeinden machen mit. Eine Baracke kostet Fr. 4'000.—. Ich habe mir gedacht, der Gemeinderat wäre im Sinne einer Weihnachtsaktion einverstanden, das Projekt im Rahmen seiner Möglichkeiten und Kompetenzen (betreffend der zur Verfügung stehenden Entwicklungsgelder) zu unterstützen. Im Hinblick auf den Winter ist es für die Leute, welche in Zelten leben, unsäglich und wenn man nur ein paar Familien einen etwas sichereren Ort mit einer solchen Baracke bieten kann. Dies wäre eine vernünftige Sache und ich hoffe, dass der Gemeinderat dies unterstützen wird.

Gemeindepräsident G. Lüthi nimmt die Anregung entgegen und wird sie dem Gemeinderat vorlegen.

Politbrunch am Sonntag, 11. Januar 2015, von 10.00 bis 13.00 Uhr im Kuspo

Dominic Degen: Ich möchte Euch am Sonntag, 11. Januar 2015, von 10.00 bis 13.00 Uhr zum Politbrunch im Kuspo einladen. Möglichst alle Landratskandidierenden aller Münchensteiner Parteien, die bis jetzt mitmachen wollten (CVP, FDP, glp, Grünen, SP, SVP) werden teilnehmen. Sie können etwas essen und sich mit den Kandidierenden austauschen. Wir sind noch am Organisieren, dass der eine oder andere Regierungsratskandidierende (alle Parteien) ebenfalls teilnimmt. Wir würden uns auf jeden Fall sehr freuen, wenn wir sie begrüßen dürfen.

Antrag gemäss § 68 GemG von Arnold Amacher i. S. Schaffung einer Parkierzone Dorf

Arnold Amacher möchte erfahren, wann das Traktandum Parkierzone Dorf wieder auf der Liste erscheint.

Gemeinderat F. Bossel informiert, dass dies im Juni 2015 sein wird.

Gemeindepräsident G. Lüthi schliesst die Versammlung, dankt den Anwesenden und weist darauf hin, dass im Foyer, wie immer, ein Apéro gegen einen kleinen Unkostenbeitrag bereit steht.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollsekretärin:

Giorgio Lüthi

Monique Gehrig